

News

Presse- und Kurzmitteilungen der Abteilung "Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates".

- 56 News

02.06.2022

Nachruf auf Gerd Glaeske



13. Mai 1945 - 27. Mai 2022

Wir trauern um Prof. Dr. Gerd Glaeske, Gesundheitswissenschaftler und Pionier der Versorgungsforschung, der im Alter von 77 Jahren am 27. Mai nach langer Krankheit verstorben ist.

Gerd Glaeske verstand seine Arbeit konsequent im Dienst der Wissenschaft und im Auftrag der Patientinnen und Patienten. Vorrangig bedeutete das für ihn, die medizinische Versorgung mit Arzneimitteln unter dem Gesichtspunkt der Evidenz zu analysieren – sowie Nutzen und Risiken abzuschätzen und zu bewerten. Über seine gesamte berufliche Laufbahn folgte er dabei drei zentralen Fragestellungen: Wo und in welchen Krankheitsbereichen kommt es zur Über-, Unter- oder Fehlversorgung mit Arzneimitteln, welche Alternativen bieten Pharmaindustrie und Gesundheitswesen und wie können Politik und Gesetzgeber den Prozess der Arzneimittelversorgung im Interesse der Patientinnen und Patienten verbessern?

Gerd Glaeskes außerordentliche Expertise und sein Wunsch, mehr Licht in das Dunkel der deutschen Arzneimittelversorgung zu bringen, äußerten sich in zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen. Allein in der internationalen Fachdatenbank für medizinische Literatur pubmed.gov

finden sich mehr als 140 Veröffentlichungen mit seiner (Co-)Autorenschaft. Darüber hinaus hat er als (Mit-)Herausgeber des „Lehrbuchs für Versorgungsforschung“ maßgeblich daran mitgewirkt, das Fach Versorgungsforschung in Deutschland zu etablieren und die Studierenden an dieses Fach didaktisch fundiert heranzuführen.

Als Fachapotheker für Arzneimittelinformation im besten Sinne lag ihm der Transfer der wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse zur Arzneimitteltherapie in die breite Öffentlichkeit besonders am Herzen. Spektakulär arbeitete er bereits in jungen Jahren als fachlicher Berater für das erste große Medikamenten-Nachschlagewerk im deutschen Sprachraum, „Bittere Pillen“ (1983). Dieses Buch wurde über Jahrzehnte als „die“ Bibel zur Verhinderung von Arzneimittelmissbrauch bezeichnet. Es folgten eine Vielzahl von Publikationen für die Stiftung Warentest und Bücher, die sich direkt an die Patientinnen und Patienten richteten, begleitet von zahlreichen Interviews, Hörfunk- und Fernsehbeiträgen.

Gerd Glaeske studierte Pharmazie in Aachen und Hamburg, wo er in pharmazeutischer Chemie mit den weiteren Prüfungsfächern Wissenschaftstheorie und Pharmakologie promovierte. Seine wissenschaftliche Laufbahn begann er 1981 als Mitarbeiter am Bremer Institut für Sozialmedizin und Präventionsforschung (BIPS) sowie als Abteilungsleiter der Arzneimittelepidemiologie unter der Institutsleitung von Prof. Dr. Eberhard Greiser.

Vor dem Hintergrund seines gesundheitspolitischen Engagements entschied sich Gerd Glaeske ab 1988 den engen wissenschaftlichen Kontakt mit den Gesetzlichen Krankenkassen zu suchen. Das führte ihn von 1988 bis 1992 zur AOK Mettmann. Als Leiter des Pharmakologischen Beratungsdienstes gewann er differenzierte Einblicke in die Daten der Krankenkasse und konnte mit der entsprechenden Analyse bisher unbekannte Versorgungsstrukturen, regionale und fachärztliche Unterschiede und Fehlentwicklungen erkennen. Es war unter anderem der Beginn der Versorgungsforschung, die heute in einem breiten Netzwerk universitär etabliert und anerkannt ist. Von Mettmann wechselte er nach Wuppertal zur Barmer Ersatzkasse und arbeitete weiter kontinuierlich an der Verbesserung der Versorgung bis 1999 bei verschiedenen Krankenkassen wie auch beim Verband der Ersatzkassen (vdek).

Im Jahr 1999 übernahm er an der Universität Bremen eine Stiftungsprofessur für Arzneimittelanwendungsforschung am Zentrum für Sozialpolitik (ZeS), um sich weiter der Wissenschaft zu widmen. Zudem leitete er die Forschungseinheit „Arzneimittelberatung und Arzneimittelinformation“. Ab 2007 hatte er die Position des Co-Leiters der Abteilung Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung am ZeS sowie später der Abteilung Gesundheit, Pflege und Alterssicherung des SOCIUM der Universität Bremen inne. Als Mitbegründer und langjähriges Vorstandsmitglied des Deutschen Netzwerks Versorgungsforschung hat er zentral daran mitgewirkt, ein Fach an deutschen Universitäten zu etablieren, das es sich zur Aufgabe macht, die Gesundheitsversorgung kritisch zu analysieren und auf dieser Basis praktische, evidenzbasierte Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Kranken- und Gesundheitsversorgung zu erarbeiten.

Gerd Glaeske analysierte Arzneimittel vom Molekül bis zur Anwendung präzise. Kritische

Entwicklungen sprach er offen an und wandte sich bewusst gegen geschönte Studiendaten der Industrie. Die daraus entstehenden juristischen Auseinandersetzungen nahm er in Kauf. Hierbei verstand er sich immer und vor allem als Anwalt der Patientinnen und Patienten und im Einsatz für ein sozial gerechteres Gesundheitswesen.

Seine Expertise war gefragt

Von 2003 bis 2009 war Gerd Glaeske Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, 2003 bis 2018 Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Bundeszentrale für Wissenschaftliche Aufklärung (BZgA), von 2008 bis 2013 Mitglied in der Betäubungsmittelkommission des Bundesinstitutes für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM), von 2007 bis 2009 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats zur Weiterentwicklung des Risikostrukturausgleichs beim BVA. Ab 2006 Mitglied im Vorstand des Deutschen Netzwerkes Versorgungsforschung (DNVF), bis 2014 im geschäftsführenden Vorstand, 2015 zum Ehrenmitglied auf Lebenszeit ernannt, ab 2008 Mitherausgeber der Zeitschrift Prävention und Gesundheitsforschung, ab 2010 stellvertretender Sprecher des Wissenschaftlichen Kuratoriums der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen.

Kontakt:

[Prof. Dr. Philip Manow](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 7

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58580

E-Mail: manow@uni-bremen.de

09.12.2021

Vierte Ad hoc Stellungnahme zur Pandemie durch SARS-CoV-2/Covid-19



Foto Glaeske: ©Raphael Hünerfauth, photothek.net

Sofortprogramm: der erste Tag des neuen Bundesgesundheitsministers

Die Autorengruppe nutzt das Momentum des derzeitigen politischen Wandlungsprozesses für eine kritische Auseinandersetzung mit der bisherigen Pandemiebekämpfung und formuliert konkrete Vorschläge für eine zielgerichtete Pandemiebekämpfung unter der zukünftigen Bundesregierung. Als grundsätzliches Konzept wird vorgeschlagen, dass die Pandemie als komplexes System gesehen werden soll. Ein erfolgsorientiertes Umgehen mit einer Pandemie erfordere die Kenntnis ihrer wesensmäßigen Eigenschaften, die Erweiterung der Kenntnisse durch iterative Interventionen und als Grundlage aller Anstrengungen gesellschaftliches Selbstbewusstsein und Offenheit gegenüber unterschiedlichen Lösungsansätzen.

Konkret identifizieren die Autoren in ihrer aktuellen Stellungnahme zwölf zentrale Handlungsfelder, ihre Problemlagen und die zukünftigen Vorgehensweisen für eine erfolgreiche Pandemiebekämpfung. Zentral sei es dabei bspw. für die Autorengruppe, dass die Kommunikation in Risikosituationen zwischen politischer Führung und der Bevölkerung maßgeblich verbessert wird, indem von einer Top-Down initiierten Kommunikation abgesehen wird und stattdessen ein bidirektionaler Austausch stattfindet. In diese neue Kommunikationsstrategie einfließen sollte demnach auch ein Neuanfang im Bereich der Impfkampagne. Dem zum Teil herrschenden Misstrauen bezüglich der Impfung sollte mit einer offeneren Strategie im Bereich der Dokumentation von Nebenwirkungen entgegnet werden.

Auf der Ebene der medizinischen Versorgung gilt es in Zukunft ein aussagekräftiges Score-System zu erarbeiten, dass die Vielschichtigkeit einer Pandemiesituation berücksichtigt. Gleichzeitig hat die Pandemie den Handlungsdruck in der stationären Pflege offengelegt. Hier ist eine Zusammenarbeit der politischen und gesellschaftlichen Akteure gefragt, um langfristig ein für Entlastung sorgendes Maßnahmenpaket zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang sollte auch die Organisation der prästationären Versorgung verbessert werden, sodass eine stationäre Aufnahme effizienter und effektiver erfolgen kann.

Insgesamt hat die Corona-Pandemie eine Schwäche in der Kooperation zwischen Wissenschaft und Politik offengelegt, die es zu reflektieren und zu verbessern gilt. Gemeinsam müssen funktionale Plattformen entwickelt werden, die unter den Stichworten Antizipation, Prävention und Resilienz eine bestmögliche Pandemiebekämpfung ermöglichen.

[Stellungnahme](#)

Kontakt:

Prof. Dr. Gerd Glaeske (verstorben)

[Prof. Dr. Philip Manow](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 7

28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58580
E-Mail: manow@uni-bremen.de

25.11.2021

Sonderforschungsbereich wird weiter gefördert



Die Deutsche Forschungsgemeinschaft verlängert die Förderung des SFB 1342 um vier Jahre bis Ende 2025. Die Fördersumme beträgt insgesamt knapp 15 Millionen Euro

Der Sonderforschungsbereich 1342 "Globale Entwicklungsdynamiken von Sozialpolitik", bei dem die Universität Bremen federführend ist, kann seine Arbeit fortsetzen. Der Bewilligungsausschuss für Sonderforschungsbereiche der Deutschen Forschungsgemeinschaft hat am 24. November entschieden, den SFB 1342 für vier weitere Jahre mit insgesamt knapp 15 Millionen Euro zu fördern. Die zweite Förderphase beginnt am 1. Januar 2022.

Am Sonderforschungsbereich 1342, der seine Arbeit Anfang 2018 aufgenommen hat, sind neben dem SOCIUM als Ankerinstitut weitere Forschungsinstitute und -einrichtungen der Universität Bremen, der Jacobs University Bremen, der Universität Bielefeld und der Universität Duisburg-Essen beteiligt. In 15 Teilprojekten erforschen rund 70 Wissenschaftler*innen aus den Disziplinen Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte, Geographie, Jura und Informatik die weltweiten Entwicklungen staatlich verantworteter Sozialpolitik. Dabei werden die Länder des Globalen Südens systematisch mit einbezogen.

Kernfrage: Wer profitiert von sozialer Sicherung und in welchem Umfang?

Bislang hat sich der SFB 1342 auf die Analyse der nationalen, internationalen und transnationalen Wirkungsmechanismen konzentriert, die die Einführung sozialer Sicherungssysteme und deren Ausgestaltung weltweit entscheidend beeinflusst haben. "Die

Kernaufgabe in den kommenden vier Jahren wird nun die Untersuchung der Inklusivität und des Leistungsumfangs staatlicher Sozialpolitik sein. Kurz gesagt geht es um die Frage: Wer profitiert von sozialer Sicherung und in welchem Umfang?", erläutert Herbert Obinger, Sprecher des SFB 1342.

Der SFB 1342 wird in der zweiten Förderphase zwei Projektbereichen bestehen: Die sechs Teilprojekte des Bereichs A untersuchen die Dynamiken verschiedener Sozialpolitikfelder in globaler und historischer Perspektive; makro-quantitative Analysen werden dabei um einzelne Länderstudien ergänzt. Die acht Teilprojekte des Bereichs B führen für ausgewählte Länder/Regionen und bestimmte Sozialschutzprogramme Fallstudien und Ländervergleiche durch; der Schwerpunkt liegt auf qualitativen Untersuchungen, die durch quantitative Analysen ergänzt werden.

In einem Informationsinfrastruktur-Projekt wird das Global Welfare State Information System (WeSIS) weiterentwickelt. Wie in Förderphase eins werden alle erhobenen Forschungsdaten in das webbasierte, interaktive Informationssystem eingespeist. WeSIS wird voraussichtlich 2024 für die Öffentlichkeit freigeschaltet. Dann können Forschungseinrichtungen und die allgemeine Öffentlichkeit weltweit alle in WeSIS gespeicherten Daten kostenlos für nicht-kommerzielle Zwecke nutzen.

Die beteiligten Forschungsinstitute und -einrichtungen im Überblick

- SOCIUM – Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik, Universität Bremen
- Institut für Interkulturelle und Internationale Studien, Universität Bremen
- Arbeitsgruppe Informationsmanagement, Universität Bremen
- Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
- Institut für Arbeit und Wirtschaft, Universität Bremen
- Institut für Geographie, Universität Bremen
- Institut für Geschichtswissenschaft, Universität Bremen
- Zentrum für Europäische Rechtspolitik, Universität Bremen
- China Global. Center for the Study of China and Globalization, Jacobs University Bremen
- Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik, Universität Duisburg-Essen
- Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld

Kontakt:

[Prof. Dr. Herbert Obinger](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 5

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58567

E-Mail: herbert.obinger@uni-bremen.de

11.10.2021

FIS-Projekte am SOCIUM beteiligen sich an SCIENCE GOES PUBLIC!



Fördernetzwerk Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (FIS) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Vorträge von „Der ‚aktivierende Sozialstaat‘ – eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte deutscher Sozialpolitik“ und „GEVOAB – Gerechtigkeitsvorstellungen von erwerbstätigen ALG II-Beziehern“

SCIENCE GOES PUBLIC! ist ein innovatives Format der Wissenschaftskommunikation in Bremen und Bremerhaven. Dabei werden originelle Themen in knapp 30 Minuten in ausgewählten Kneipen und Bars einem breit gefächerten Publikum öffentlich präsentiert. Das SOCIUM –Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik ist dieses Mal mit zwei Beiträgen beteiligt: Wanda Schwarze-Wippern und Christof Wittmaack werden am 4. November 2021 um 20:30 Uhr einen Vortrag zum Thema „Nur fordern, wenn's fördert?“ im 1st Class Suidice (Friedrich-Ebert-Str. 53-55, 28199 Bremen) halten, Sebastian Jürss referiert am 11. November um 20:30 Uhr über „Da klafft ‚ne Gerechtigkeitslücke einfach auf“ im Gondi (Langemarckstr. 249, 28199 Bremen).

Die Nachwuchsgruppe „Der ‚aktivierende Sozialstaat‘ – eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte deutscher Sozialpolitik, 1979–2017“ und das Forschungsprojekt „GEVOAB – Gerechtigkeitsvorstellungen von erwerbstätigen Arbeitslosengeld II-Beziehern“ werden vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Rahmen des Fördernetzwerks Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (FIS) gefördert.

Kontakt:

[PD Dr. Tanja Pritzlaff-Scheele](#)

Zentrum für Entscheidungsforschung

Enrique-Schmidt-Str. 7

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-67824

E-Mail: tanja.pritzlaff@uni-bremen.de

[Prof. Dr. Nikolas Dörr](#)

Sturmbühlstraße 250

78054 Villingen-Schwenningen

Tel.: +49 (0)7720 3094430

E-Mail: nikolasdoerr@hfpol-bw.de

25.05.2021

Nikolas Dörr erhält Fördermittel der Gerda-und-Hermann-Weber-Stiftung



Die Fördermittel dienen der Ausrichtung der zweitägigen Hermann-Weber-Konferenz „Im Kalten Krieg entscheiden die Bataillone der besseren Sozialleistungen“ im Jahr 2022.

Dr. Nikolas Dörr, Nachwuchsgruppenleiter am SOCIUM, hat die einmal jährlich vergebenen Fördermittel der Gerda-und-Hermann-Weber-Stiftung zur Ausrichtung der Hermann-Weber-Konferenz zur Historischen Kommunismusforschung im Jahr 2022 erhalten. Die mit 20.000 Euro geförderte Konferenz wird Cold War Studies, Kommunismusforschung und historische Wohlfahrtsstaatsforschung verbinden. Mit der Bewilligung der Fördermittel ist zusätzlich die Mitherausgeberschaft der Konferenzbeiträge in einer Ausgabe des renommierten Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung verbunden.

Im Bundestagswahlkampf 1953 prägte der SPD-Bundestagsabgeordnete Ludwig Preller den prägnanten Satz: „Insbesondere im Kalten Krieg entscheiden die Bataillone der besseren Sozialleistungen.“ Er verwies damit auf ein Politikfeld, das für den Kommunismus eine

herausragende Bedeutung besaß. Das Versprechen der Beseitigung von sozialen Missständen spielte die zentrale Rolle für die Erringung der Macht kommunistischer Parteien im 20. Jahrhundert: sei es in Russland 1917, China 1949, Kuba 1959 oder Vietnam 1975. Für den Westen stellte dies eine massive Herausforderung im Kalten Krieg dar. In der Systemauseinandersetzung sollte neben der ökonomischen und militärischen auch die sozialpolitische Überlegenheit demonstriert werden. Für die Bundesrepublik hatte diese Systemkonkurrenz vor dem Hintergrund der deutschen Teilung eine besondere Relevanz.

Die interdisziplinäre Konferenz wird sich in einem ersten Teil der Frage widmen: Welche Rolle spielte Sozialpolitik für den Kommunismus sowie allgemein in der Systemauseinandersetzung im Kalten Krieg? In Weiterführung des Konzepts der „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ (Christoph Kleßmann) wird die sozialpolitische Entwicklung in West und Ost dabei nicht als getrennt, sondern als kontinuierlich aufeinander bezogen und gegenseitig rezipierend analysiert. In einem zweiten Teil wird die Konferenz die Transformationsphase ab 1989 und bis heute andauernde Folgen thematisieren.

Die Konferenzreihe wahrt das Andenken an den Mannheimer Historiker Prof. Dr. Dr. h.c. Hermann Weber (1928–2014), der auf dem Gebiet der Geschichte der Arbeiterbewegung, Kommunismusforschung und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Kalten Krieg Maßstäbe gesetzt hat.

Weitere Informationen zur Gerda-und-Hermann-Weber-Stiftung finden Sie [hier](#).

Kontakt:

[Prof. Dr. Nikolas Dörr](#)

Sturmbühlstraße 250

78054 Villingen-Schwenningen

Tel.: +49 (0)7720 3094430

E-Mail: nikolasdoerr@hfpol-bw.de

14.04.2021

**Zweite ad hoc Stellungnahme | Gesetzgebungsverfahren 4.
Bevölkerungsschutzgesetz**



Foto Glaeske; ©Raphael Hünerfauth, photothek.net

Anlässlich des aktuellen Gesetzgebungsverfahrens zum 4. Bevölkerungsschutzgesetz ergänzt die Autorengruppe ihre Thesenpapiere um eine zweite dringliche ad hoc-Stellungnahme

Das "Notbremsengesetz" ist verfassungsrechtlich und rechtspolitisch hochproblematisch. Es knüpft den Eintritt von z.T. gravierenden Grundrechtseingriffen unverhältnismäßig an einen politisch willkürlich gesetzten und zudem unsicheren "Schwellenwert", der als Steuerungswert untauglich und zudem durch die neuen Testungen beeinflussbar ist. Das Gesetz verkürzt den Rechtsschutz, reduziert ihn auf Normenkontrollklagen oder (begrenzt) auf Verfassungsbeschwerden. Der Verwaltungsrechtsweg wird so vollständig ausgeschlossen, der eigentlich für diese Grundrechtseingriffe den unverzichtbaren Rechtsschutz für den Bürger darstellt.

[Link zur zweiten ad hoc Stellungnahme](#)

Kontakt:

Prof. Dr. Gerd Glaeske (verstorben)

[Prof. Dr. Philip Manow](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 7

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58580

E-Mail: manow@uni-bremen.de

31.08.2020

Thesenpapier 4.0 | Die Pandemie durch SARS-CoV-2/Covid-19 - der Übergang zur chronischen Phase -



Verbesserung der Outcomes in Sicht | Stabile Kontrolle: Würde und Humanität wahren | Diskursverengung vermeiden: Corona nicht politisieren

Die wichtigsten Botschaften auf einen Blick

(1) Nach der herdförmigen Ausbreitung (Cluster) dominiert jetzt die sporadische Dynamik: Zunahme der täglich neu gemeldeten Infektionen mit SARS-CoV-2/Covid-19 von ca. 300 Fällen/Tag auf derzeit ca. 1350 Fällen/Tag (34. KW), Ausweitung des wöchentlichen Testumfangs von 400.000 auf 900.000, Abfall der Rate positiver Testergebnisse 9% auf ca. 1% - neben den „Herden“ hat sich jetzt die homogene (sporadische) Ausbreitung in den Vordergrund geschoben. Diese Dynamik ist allein durch Testung und Nachverfolgung nicht zu beherrschen, sondern bedarf einer stabilen Kontrolle durch klug geplante, Zielgruppen-orientierte Präventionsmaßnahmen.

(2) Parallel zur Zunahme der gemeldeten Infektionen kommt es zu einer Abschwächung der klinischen Folgen: Die Zunahme der täglich neu gemeldeten Infektionen in den letzten fünf bis sechs Wochen ist nicht von einer Zunahme der Erkrankungen und Komplikationen gefolgt, stattdessen ist die Hospitalisierungsrate von über 20% auf 9% abgefallen, die intensivmedizinisch betreuten Patienten sanken von 3000 auf 230 und die Mortalität der Infizierten von 7% auf 0,4% (die Angabe der letzten Wochen liegen noch niedriger, sind aber noch nicht abschließend zu bewerten). Bestätigt wird diese Tendenz durch das Patientenkollektiv, das die infizierten Mitarbeiter im Gesundheitswesen darstellen ($n = 14.977$ am 26.8.2020), wo die Dunkelziffer keine Rolle spielen sollte: hier liegt die Mortalität bei zwischen 0,12 und 0,16%. Als ursächlich für diese günstige Entwicklung sind die zunehmende Testung nicht-erkrankter Personen, ein jüngeres Durchschnittsalter und die Verbesserung der organisatorischen Abläufe in den Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie der Pflegeeinrichtungen zu diskutieren. Es ist unklar, ob zusätzlich eine Veränderung des Virustyps vorliegt.

(3) Die sporadische Ausbreitung wird im begrenzten Umfang weiter zunehmen, kann aber aufgefangen werden: In einem groben Modell wird die weitere Ausbreitung durch vier Kompartimente determiniert: das „Grundrauschen“, die Reiserückkehrer, die Schul- bzw. Kindergartenöffnungen und die im Winter anstehende vermehrte Innenraumnutzung. Ein weiterer,

auch deutlicher Anstieg der täglichen Neuinfektionen

kann daher nicht ausgeschlossen werden. Diese Situation ist zu bewältigen, wenn (1) spezifische Präventionsprogramme entwickelt werden, die die verletzlichen Gruppen schützen (unter aktiv umgesetzter Wahrung der individuellen Würde und Humanität), und wenn (2) die Ressourcen des Gesundheitssystems (Organisation, Bettenkapazität) in der jetzigen Form aufrechterhalten werden. Therapie und Impfstoffentwicklung sind denkbare Lösungen, die Epidemie muss jedoch auch dann stabil kontrolliert werden, wenn sich hier Verzögerungen ergeben sollten.

(4) Bei massiver Ausdehnung des Testumfanges auf Niedrigprävalenz-Kollektive (Häufigkeit 1-3%) sind unkontrollierbare Probleme mit falsch-positiven Befunden zu erwarten, die von den Institutionen, die mit der Nachverfolgung beauftragt sind, nicht bewältigt werden können. Die Teststrategie muss daher auf die Strategie der Stablen Kontrolle ausgerichtet sein, d.h. es müssen in erster Linie Kollektive mit höherer Prävalenz, Kollektive mit höherem oder unbekanntem Infektionsrisiko (z.B. Lehrer, Kindergartenmitarbeiter) und Kollektive mit hohem individuellem Risiko für Komplikationen (z.B. Bewohner von Pflegeheimen und deren Angehörige, ambulante Pflege) getestet werden.

(5) Die Definition der „Zweiten Welle“ sollte nicht auf starren Grenzwerten beruhen, sondern sich auf das Kriterium der mangelnden Abgrenzbarkeit von Herden und sporadischer Ausbreitung beziehen (ergänzt um eine regionale Komponente – mehr als 5 Gebietskörperschaften in mindestens zwei Bundesländern – und einen offiziell festgestellten Kontrollverlust).

(6) Primäres Ziel ist die „Stabile Kontrolle“ der Epidemie, eine Eradikation scheidet ebenso aus wie die Strategie der Herdenimmunität. Essentiell sind Zielgruppen-orientierte Präventionsmaßnahmen für die besonders verletzlichen Gruppen in der Bevölkerung. Diese Schutzkonzepte müssen die Ziele der Infektionskontrolle genauso berücksichtigen wie Humanität und Würde der einzelnen Person, hierzu sind innovative Konzepte zu entwickeln und umzusetzen.

(7) Mitarbeiter und Patienten/Bewohner/Betreute in den Institutionen des Gesundheitswesens, der Pflege- und Gemeinschaftseinrichtungen trugen zu Beginn der Epidemie mit bis zu 1000 Neuinfektionen pro Tag und fast 50% der Todesfälle durch Covid-19 in Deutschland einen großen Teil der Krankheitslast, jeweils zur Hälfte verteilt auf Mitarbeiter und Patienten/Bewohner/Betreute. 300 bzw. 200 gemeldete Neuinfektionen entfielen auf die Mitarbeiter im Gesundheitswesen und in den Pflegeeinrichtungen. Die Bewohner von Pflegeeinrichtungen wiesen in der Spitze bis zu 400 täglich gemeldete Neuinfektionen auf; diese Zahl ist auf ca. 20 Infektionen täglich abgefallen. Im Gesundheitswesen traten bei Patienten bis zu 80 (nosokomial erworbene) Neuinfektionen pro Tag auf, die Zahl lag in den letzten drei Wochen zwischen 0 und 18.

(8) Aktuell ist ein leichter Anstieg bei den Mitarbeitern und Betreuten der Gemeinschaftseinrichtungen nach §33 IfSG1 zu beobachten, der intensiver Beobachtung bedarf.

(9) Die Empfehlungen zum Tragen von Masken sind an die Baseline-Risiken anzupassen. Die

durch Studien belegte relative Risikoverminderung um 80% bedeutet in einem Hochrisikobereich (z. B. Gesundheitswesen, angenommene Infektionswahrscheinlichkeit 10%) eine absolute Risikodifferenz von 8%, so dass 12,5 Personen eine Maske tragen müssen, um eine Infektion zu verhindern, während in einem Niedrigrisikobereich (1 Stunde Aufenthalt Supermarkt, Infektionsrisiko von 0,01%) 12.500 Personen eine Maske tragen müssen, um eine Infektion zu verhindern.

(10) Corona nicht politisieren: Die Interpretation der epidemiologischen Situation und die Auseinandersetzung über die beste Strategie der Pandemiebekämpfung sollte nicht von Kalkülen kurzfristiger politischer Positionsvorteile dominiert werden und ist auch nicht als Gegenstand des anstehenden Wahlkampfes geeignet.

(11) Rationale Entscheidungsfindung, rationaler Diskurs: Auch die Pandemie rechtfertigt es nicht, von der Grundnorm einer begründet abwägenden Entscheidungsfindung abzugehen und die Erfordernisse eines transparenten, fairen und faktenbegründeten Diskurses zwischen Politik, Wissenschaft und Medien zu relativieren. Gerade in dieser Situation müssen die jeweiligen Rollenzuweisungen klar zu erkennen sein, um daraus abgeleitet die Verantwortlichkeiten in einem demokratischen Rechtsstaat abzugrenzen. Nur unter diesen Voraussetzungen ist es möglich, das Vertrauen der Bürger in die rechtsstaatlich demokratische Kommunikation zu stärken.

[Link zum Thesenpapier 4.0](#)

Kontakt:

Prof. Dr. Gerd Glaeske (verstorben)

[Prof. Dr. Philip Manow](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 7

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58580

E-Mail: manow@uni-bremen.de

14.05.2020

Nachwuchsgruppe „Der ‚aktivierende Sozialstaat‘ – eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte deutscher Sozialpolitik, 1979–2017“ startet ihre Forschungen am SOCIUM



Mit mehr als einer halben Million Euro fördert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die von Nikolas Dörr geleitete Nachwuchsgruppe im Rahmen des Fördernetzwerks Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (FIS).

Die interdisziplinär zusammengesetzte Forscher*innengruppe wird in den kommenden drei Jahren zusammen mit nationalen und internationalen Kooperationspartner*innen die Entstehung und Entwicklung der „aktivierenden Sozialpolitik“ in Deutschland untersuchen.

Der „aktivierende Sozialstaat“ ist seit den 1990er-Jahren zum neuen Leitbild der Sozialpolitik in Deutschland und weiten Teilen Europas avanciert. Im Fokus der öffentlichen Debatte in Deutschland stehen dabei besonders die Reformen der Agenda 2010 und vor allem „Hartz IV“. Während die sozioökonomischen Ursachen dieses sozialpolitischen Wandels (insb. Ölkrise, Massenarbeitslosigkeit, demografische Entwicklung, Staatsverschuldung) bereits gut erforscht sind, wurden gesellschaftliche und internationale Faktoren bislang weitgehend ausgeblendet. Die alleinige Fokussierung auf die sozioökonomische Situation greift jedoch zu kurz, um diese sozialstaatliche Transformation umfassend erklären zu können.

Die Nachwuchsgruppe untersucht den „aktivierenden Sozialstaat“ dementsprechend nicht als eine Summe von Gesetzen, sondern weitergehend als sozialpolitische Reaktion auf einen grundlegenden, langfristigen gesellschaftlichen Wandel und die Veränderung internationaler sozialpolitischer Leitbilder seit Ende der 1970er-Jahre. Ersteres schließt u. a. Prozesse der Individualisierung, Pluralisierung (v. a. durch Migration) und die Popularisierung des Prinzips „Fördern und Fordern“ mit ein. Letzteres bezieht sich auf die transnationale Rezeption neuer sozialpolitischer Ansätze (u. a. Thatcherismus, Workfare, „New Labour“, Flexicurity).

Die Nachwuchsgruppe besteht aus den Doktorand*innen Wanda Schwarze-Wippern und Christof Wittmaack sowie dem Nachwuchsgruppenleiter Dr. Nikolas Dörr, die sich in drei Teilprojekten dem Einfluss a) internationaler sozialpolitischer Ideen- und Politiktransfers seit 1979, b) von Einstellungsveränderungen gegenüber staatlicher Sozialpolitik (u. a. bedingt durch die Asyldebatten seit den 1980er-Jahren und unterschiedliche sozialstaatliche Prägungen in West- und Ostdeutschland) und c) der Veränderung des öffentlichen und medialen Diskurses über Sozialpolitik und deren Rückwirkung auf den sozialpolitischen Entscheidungsprozess widmen.

Weitere Informationen:

[Fördernetzwerk Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung](#)

Kontakt:

[Prof. Dr. Nikolas Dörr](#)

Sturmbühlstraße 250

78054 Villingen-Schwenningen

Tel.: +49 (0)7720 3094430

E-Mail: nikolasdoerr@hfpol-bw.de

14.05.2019

"Handbuch Sozialpolitik" erschienen



Herbert Obinger Mitherausgeber des neuen Standardwerkes

Wer sich umfassend über Geschichte, Theorien und Methodik, konkrete Politikinhalte und ihre Wirkungen im Bereich der (international vergleichenden) Sozialpolitikforschung informieren will, der kann seit neuestem zum gut 900 Seiten starken „Handbuch Sozialpolitik“ greifen, das Herbert Obinger zusammen mit dem Heidelberger Emeritus Manfred G. Schmidt herausgegeben hat. Auf dem deutschen Buchmarkt gibt es nichts Vergleichbares. Bisherige Überblicke in Buchform hatten sich auf Teilaspekte des Themas wie etwa das Sozialrecht beschränkt.

Das neue Handbuch gliedert sich in sieben Teile mit insgesamt 41 Kapiteln, die von den führenden Expertinnen und Experten (aus unterschiedlichen Forschungsdisziplinen) geschrieben

wurden. Zehn Beiträge stammen von Mitgliedern des SOCIUM. Teil I widmet sich der Geschichte der Sozialpolitik, Teil II den Theorien zu ihrer Erklärung. Teil III greift die unterschiedlichen nationalen wohlfahrtsstaatlichen Systeme und die dazugehörigen Typologien auf, während Teil IV einen Überblick über die Methoden der Sozialpolitikforschung offeriert. Teil V beschäftigt sich mit den aktuellen Herausforderungen, während Teil VI einen breiten Überblick über die vielschichtigen konkreten Inhalte der unterschiedlichen Felder von Sozialpolitik bietet. Der abschließende Teil VII befasst sich mit den Wirkungen von Sozialpolitik.

Weitere Informationen:

[Obinger, Herbert/Schmidt, Manfred G. \(Hrsg.\) 2019: Handbuch Sozialpolitik, Wiesbaden: Springer VS](#)

Kontakt:

[Prof. Dr. Herbert Obinger](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 5

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58567

E-Mail: herbert.obinger@uni-bremen.de

04.12.2018

Populismus - politisch-ökonomisch erklärt

Philip Manows neues Buch auf Platz 3 der Sachbuch-Bestsellerliste der ZEIT.

Dass der erhebliche Aufschwung des Populismus etwas mit Globalisierung zu tun hat, ist eine schon lange diskutierte Annahme. Meist dominiert in den öffentlichen Debatten aber eine kulturelle Sicht auf den Populismus: Global orientierte Kosmopoliten ständen gegen jene, die sich auf den Nationalstaat zurückziehen oder offen nationalistisch agieren. Gegen diese kulturalistische Sicht etabliert Philip Manow in seinem neuen Buch eine politisch-ökonomische Betrachtung des Populismus. Was aber lässt ihn in Südeuropa eher als Linkspopulismus auftreten, während er im Norden in seiner rechten Variante dominiert?

Der griechische oder italienische Wohlfahrtsstaat verteilt anteilig am Bruttoinlandsprodukt ähnlich viel um wie der deutsche oder schwedische. Der entscheidende Unterschied, so Manow, aber ist der Zugang zu den Leistungen. Im Norden herrscht universeller Zugang vor. Die Sozialleistungen im Süden sind aber auf einen vergleichsweise engen Personenkreis begrenzt. Der Norden hat dadurch die Risiken globalisierter Exportmärkte für alle Erwerbstätigen abgedeckt, integriert aber auch Migrant*innen in das sozialstaatliche Gefüge. Der Süden baut seine Wirtschaft wesentlich mehr auf heimischer Nachfrage auf. Für die Sozialpolitik des Südens bedeuten Migrant*innen nur geringe Probleme. Sie erhalten keinen Zugang. Der Norden fürchtet Freizügigkeit, der Süden Freihandel. Hier verfangen denn auch eher die Parolen linker Populisten nach verstärktem Protektionismus vor ausländischer Warenkonkurrenz sowie nach deutlichen Lohnerhöhungen.

Philip Manow ist Professor für Vergleichende Politische Ökonomie und Mitglied des SOCIUM.

Weitere Informationen:

Manow, Philip 2018: [Die Politische Ökonomie des Populismus](#), Berlin: Suhrkamp

Kontakt:

[Prof. Dr. Philip Manow](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 7

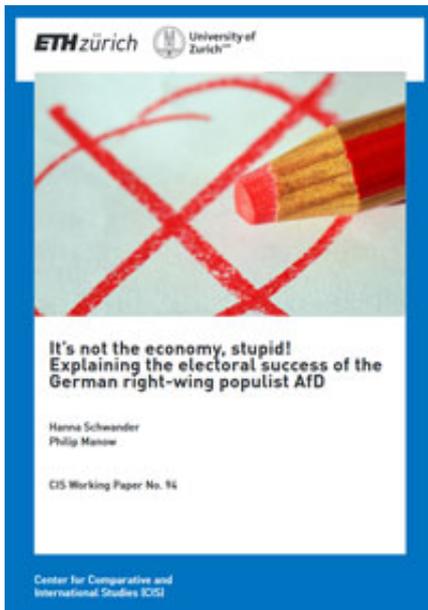
28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58580

E-Mail: manow@uni-bremen.de

22.09.2017

Studie aus der Politikwissenschaft: AfD-Wähler haben rechte Tradition



Universitäten Bremen und Zürich vergleichen Wahlergebnisse / AfD-Anhänger keine "Modernisierungsoffer".

Wählerinnen und Wähler der AfD (Alternative für Deutschland) sind nicht in erster Linie sogenannte Modernisierungsverlierer, also Opfer des wirtschaftlichen Strukturwandels. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie der Universitäten Bremen und Zürich. Die Analysen der Faktoren des AfD-Wahlerfolgs zeigten vielmehr, dass in den untersuchten Regionen bereits seit den 1990er Jahren eine "Tradition des rechten Wählens" bestehe, sagt Politikprofessor Philip Manow vom SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen.

Analyse von Wahlergebnissen

Gemeinsam mit seiner Fachkollegin Dr. Hanna Schwander vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich hat er die Wahlergebnisse der Parteien bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 in den gut 400 Kreisen und kreisfreien Städten der Bundesrepublik Deutschland verglichen und ausgewertet. Unter Berücksichtigung zahlreicher wirtschaftlicher oder sozialer Ungleichheitsmaße kommen die Wissenschaftlerin und der Wissenschaftler zu dem Schluss, dass diese Faktoren einen geringen bis gar keinen Erklärungsbeitrag zum Aufstieg der rechtspopulistischen AfD leisten.

Republikaner und NPD als Vorläufer

Eine Tradition rechten Wählens zeige sich allerdings schon in den 1990er Jahren in genau denjenigen Regionen, die gegenwärtig durch den besonderen AfD-Wahlerfolg auffallen. Professor Manow: "Dies sind aber nicht notwendigerweise ökonomisch abgehängte Regionen, wenn wir an Baden-Württemberg oder Sachsen denken." Der Erfolg rechter Parteien wie Republikaner oder NPD als Vorläufer sei dort bereits vor einem Vierteljahrhundert feststellbar.

"Unwahrscheinlich, dass AfD bald aus Parlamenten verschwindet"

"Dieser Befund lässt es als eher unwahrscheinlich erscheinen, dass die AfD aus denjenigen Parlamenten, in die sie hineingewählt wurde, bald wieder verschwinden wird - trotz einer momentan erfreulichen wirtschaftlichen Lage", unterstreicht Professor Manow.

Weitere Informationen:

Studie: [It's not the economy, stupid! Explaining the electoral success of the German right-wing populist AfD](#) (in englischer Sprache)

Kontakt:

[Prof. Dr. Philip Manow](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 7

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58580

E-Mail: manow@uni-bremen.de

07.09.2017

Carina Schmitt vom SOCIUM erhält ERC Starting Grant



Prof. Dr. Carina Schmitt

1,5 Millionen Euro von der Europäischen Forschungsgemeinschaft für ihr Forschungsprojekt "Das Erbe des Kolonialismus: Ursachen und Auswirkungen von Sozialpolitik im Globalen Süden".

Große Freude im SOCIUM: Carina Schmitt, Professorin für Globale Sozialpolitik an der Universität Bremen, hat eine hohe Auszeichnung erhalten. Sie hat einen der begehrten ERC Starting Grants errungen. Der Europäische Forschungsrat (European Research Council) fördert nun ihre wissenschaftliche Arbeit mit knapp 1,5 Millionen Euro. Carina Schmitt erforscht das Vermächtnis des Kolonialismus mit Blick auf Ursprünge und Ergebnisse sozialer Sicherung. Sie untersucht, welche Rolle die koloniale Vergangenheit vieler armer Staaten in Bezug auf die Effektivität von Sozialpolitik zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit spielt. Zudem baut sie gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen eine Datenbank auf, die Informationen zu Sozialpolitiken in globaler und historischer Perspektive enthält.

"Ich freue mich sehr über diese Auszeichnung. Ich habe damit die Möglichkeit ein spannendes Forschungsprojekt in einem tollen Forschungsumfeld hier an der Universität Bremen umzusetzen. Das ist nicht selbstverständlich.", sagt Professorin Schmitt.

Der ERC Starting Grant wird in diesem Jahr europaweit an 406 junge Spitzenforscher und -forscherinnen vergeben. Insgesamt fördert der Europäische Forschungsrat die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit 605 Millionen Euro. Mit dem Geld soll es ihnen ermöglicht werden, ihre eigenen Forschungsideen mit ihren Teams unabhängig umsetzen zu können. Für die hohe Auszeichnung waren 3085 Vorschläge eingegangen.

Weitere Informationen: [Arbeitsgruppe "Globale Sozialpolitik"](#)

Kontakt:

Prof. Dr. Carina Schmitt

21.09.2016

Call for Papers "Social Policies and the Welfare State in the Global South in the 19th and 20th century"

International Conference, University of Bremen, September 13-15 2017

Organizers

Dr. Teresa Huhle & Prof. Dr. Delia Gonzalez de Reufels, Latin American History (History Department, Faculty 8), University of Bremen, in cooperation with the SOCIUM Research Center on Inequality and Social Policy, University of Bremen

The conference aims to bring together an international group of junior and senior scholars from history and related fields who are working on the history of social policies and the welfare state in the Global South from a transnational, entangled or global history perspective.

Together, we would like to discuss current trends of research as well as map out open questions of the field. During the last ten years, the historiography on social policies and the welfare state has started to participate in the transnational turn. However, the exchanges of knowledge, ideas and institutions have been predominantly studied among countries and regions of the Global North, also highlighting transfers from north to south. The way European powers have intervened within their colonial domains in Africa and Asia in social policy issues can serve as an example.

We attempt to broaden these perspectives on the directions of transfer and communication. We are especially interested in research that focuses on exchanges and processes of transfer which have worked in the south-south and south-north direction. These can include questions on the effects that colonial contestations of welfare measures had on the policies in the respective 'motherlands', on regional exchanges during moments of crisis (e.g. in Latin America during the Great Depression) or on how delegates from the Global South shaped the social policies of international bodies like the International Labor Organization (ILO) or the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (UNHCR).

In this context, we consider it promising to use a broad concept of the welfare state and its policies, including not only the classical domains of labor security and public health, but also encompassing fields like nutrition, reproduction, education, recreation and other emerging research perspectives.

The integration of a cultural history perspective will further enable us to look at representations and constructions of social problems in diverse spatial configurations. We consider these as directly intertwined with the policies directed at them and want to highlight that 'welfare problems' and their underlying social and moral assumptions traveled just as much.

We are furthermore particularly interested in discussing the role of policies and welfare measures in the processes of nation building, which both on an institutional and an identity level must be conceptualized as a global phenomena and transnational endeavor. At the same time, we consider it important to look at the formation and exchange of social policy ideas and institutions beyond the national level, highlighting both exchanges on the communal and provincial level and within regional cooperation and international organizations.

In sum, we are particularly interested in case studies which fit into this general framework. We invited contributions which pay particular attention to the following methodological and thematic aspects:

- Transnational networks and actors who promoted and conceptualized social policies and their mobility, especially beyond the realm of policy makers and experts, highlighting the role of social movements, labor unions and health activists among others

- The development and transfer of visual and graphic depictions of social problems and social policies
- The gendered dimensions of social policies and political demands
- Colonial and imperial social policies and their possible afterlives during nationhood
- Cross-border struggles for the recognition of social rights

The discussion will be stimulated by **keynote lectures**, including Prof. Dr. Christoph Conrad (University of Geneva).

If you wish to **participate in the conference**, please send in an abstract (maximum length 300 words) and a short CV by **October 31st, 2016** to teresa.huhle@uni-bremen.de. Notifications of acceptance will be sent out by mid-November 2016. A small travel allowance may be granted but funds are limited.

For further information please contact: teresa.huhle@uni-bremen.de

Download: [Call for Papers](#)

07.06.2016

Laura Seelkopf erhält begehrtes Max Weber Fellowship des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz



Laura Seelkopf

1.106 Anträge für 47 Fellowships.

Das Europäische Hochschulinstitut in Florenz zählt zu den begehrtesten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutionen weltweit - und das nicht nur für Fragen der Europäischen Einigung oder der Politik der Europäischen Union. Vielmehr hat sich das Institut in den vergangenen vier Jahrzehnten zu einem der führenden Zentren für vergleichende Forschung zu Gesellschaften und politischen Systemen entwickelt. Entsprechend begehrt sind seine Ausschreibungen; seien es Professuren oder Forschungsstipendien. Zu den begehrtesten gehört dabei das Max Weber Programme for Postdoctoral Studies. Für die elfte Ausschreibung für das Stipendienjahr 2016/2017 kamen mehr als 1.100 Bewerbungen auf nicht ganz 50 Stellen. Und nun ist es offiziell: Laura Seelkopf ist eine der 47 Erfolgreichen, die ab September für ein Jahr in Florenz forschen dürfen.

Das Max Weber Programm des Europäischen Hochschulinstituts gilt als angesehene Zwischenstation hervorragender Postdocs auf dem Weg zu einer eigenen Professur. Florenz bietet dazu nicht nur ausgezeichnete Forschungsbedingungen, sondern auch ein interdisziplinäres akademisches Umfeld, das es erlaubt, zum einen über den Tellerrand des eigenen Faches hinauszuschauen und zum anderen das akademische Netzwerk gleichgesinnter Nachwuchsleute weltweit auszudehnen. Das Forschungsvorhaben, das Laura Seelkopf in Florenz vorantreiben möchte, befasst sich mit einem internationalen Vergleich von staatlichen Steuerpolitiken und deren Auswirkungen auf die wirtschaftliche Ungleichheit verschiedener Gesellschaften.

- Wie lassen sich die national unterschiedlichen Entscheidungen über progressive direkte Steuern erklären?
- Und welchen Einfluss haben diese unterschiedlichen nationalen Steuersysteme auf die

wirtschaftliche Ungleichheit?

Ziel der Forschungsarbeit soll es letztlich sein, die Bedingungen herauszuarbeiten, unter denen direkte Steuern als Mittel zur Verringerung wirtschaftlicher Ungleichheit eingesetzt werden.

Kontakt:

[Prof. Dr. Laura Seelkopf](#)

Ludwig-Maximilians-Universität München

Oettingenstraße 67

80538 München

Tel.: +49 89 2180-9086

E-Mail: laura.seelkopf@gsi.lmu.de

12.01.2016

DFG genehmigt Reinhart Koselleck-Projekt von Herbert Obinger



Knapp eine Million Euro für Forschung zu "Wehrpflicht, Militär und Wohlfahrtsstaatsentwicklung in Europa".

Reinhart Koselleck-Projekte sollen, so die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) in ihrer Ausschreibung, mehr Freiraum für innovative und im positiven Sinne risikobehaftete Forschung schaffen. Herbert Obinger, Professor für vergleichende Staatstätigkeitsforschung und vergleichende Sozialpolitik, hat nun den Zuschlag für ein solches innovatives Projekt bekommen: Der Bremer Sozialwissenschaftler wird in dem Projekt europäische Staaten in der Frage vergleichen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang Militär und Wehrpflicht zur Herausbildung des Wohlfahrtsstaates beigetragen haben. Mit der Bewilligung geht erneut eine hohe Auszeichnung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) an die Universität Bremen.

In der US-amerikanischen Diskussion wird schon seit längerem der Veteranenversorgung eine wesentliche Rolle bei der Herausbildung der besonderen Form des US-Wohlfahrtsstaates beigemessen. In der europäischen Diskussion dominierten hingegen eher Industrialisierung, Proletarisierung sowie der Aufstieg von Gewerkschaften und Sozialdemokratie als wesentliche Einflussfaktoren. Und das obwohl gerade Europa Schauplatz zweier Weltkriege gewesen ist. Kriegsvorbereitung, totale Mobilmachung, furchtbarer Kriegsverlauf und katastrophale Folgen bieten indessen auch für Europa vielfache Ansatzpunkte für ein Nachdenken darüber, wo und mit welchen unterschiedlichen Ergebnissen Militär und Wehrpflicht in die Sozial- und Bildungspolitik eingegriffen haben könnten: Von der Forderung nach gesünderen und besser gebildeten Rekruten aus den Industrierevieren über die Verhinderung eines weiteren "Steckrüben-Winters" bis hin zur (mitunter auch fehlenden) Hilfe für die Kriegsversehrten, Hinterbliebenen, Flüchtlinge, Zwangsarbeiter, Häftlinge, Ausgebombten - jene an Leib, Leben, Gesundheit und Lebenschancen geschädigten Menschen.

Die mit diesem Koselleck-Projekt verbundene Forschung verfolgt zwei Ziele: Zum einen über die Vielzahl einzelner Geschichten hinaus zu einer systematischen, vergleichenden Bestandsaufnahme des Einflusses von Militär und Wehrpflicht auf den Wohlfahrtsstaat zu gelangen; zum anderen soll untersucht werden, inwiefern die nationalen Unterschiede in Militär und Wehrpflicht eventuell zu Unterschieden in den nationalen Bildungs- und Sozialpolitiken geführt haben.

Weitere Informationen:

[Reinhart Koselleck-Projekte](#) - Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Kontakt:

[Prof. Dr. Herbert Obinger](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 5

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58567

E-Mail: herbert.obinger@uni-bremen.de

27.05.2015

Formative Stages of German Politics. The Contested Rise of Parliamentary Democracy, 1867-1967

In dem von der Fritz-Thyssen-Stiftung geförderten Projekt untersuchen Philip Manow und Valentin Schröder die Entwicklung der Demokratie in Deutschland.

Im Mai ist am SOCIUM (entstanden aus dem Zentrum für Sozialpolitik und dem Institut für empirische und angewandte Soziologie) das Projekt "Formative Stages of German Politics. The Contested Rise of Parliamentary Democracy, 1867-1967" gestartet. In dem von der Fritz-Thyssen-Stiftung geförderten Projekt untersuchen Philip Manow und Valentin Schröder aus der Abteilung "Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaats" die Parlamentarisierung Deutschlands im Zeitraum 1867-1967, also von der Gesetzgebungspraxis unter dem Konstitutionalismus über den Dualismus Reichstag-Reichspräsident in der Weimarer Republik bis zur "Kanzlerdemokratie" der Bundesrepublik.

In dem Projekt gehen die beiden Forscher der Vermutung nach, dass die demokratische Regierungsform in Deutschland seit 1945 insbesondere davon geprägt wurde, dass die Partieliten als zentrale Akteure des deutschen politischen Systems auf fundamentale Erfahrungen und Praktiken der parlamentarischen Regierungsweise aus der Zeit vor 1933 zurückgreifen konnten. Sie wenden sich damit gegen die verbreitete Vorstellung, dass das heutige politische System der Bundesrepublik, das allgemein als ein Beispiel einer "gelungenen Demokratie" gilt, sich als reines Nachkriegsprodukt im Kontext von Grundgesetzgebung und Wirtschaftswunder verstehen lässt.

Diese Entwicklung, die sich erst aus einer vergleichenden Betrachtung über einen längeren Zeitraum hinweg zeigt, möchten Manow und Schröder in ihrem Projekt untersuchen, um zu einer systematischen politikwissenschaftlichen Darstellung der Grundlagen unserer heutigen bundesdeutschen Demokratie zu gelangen.

Seit 2011 haben die beiden Forscher bereits u.a. im Rahmen des "Bremen Reichstag Project" umfassende Datenbestände für den Zeitraum 1890-1965 aufgebaut, zum Beispiel zur personellen Zusammensetzung der Parlamente, zum dortigen Abstimmungs- und Antragsverhalten, zu den Wahlbündnissen und zu den Wahlergebnissen. Im Projekt "Formative Stages" erweitern und systematisieren sie diese Bestände, um eine umfassende Datenbasis für ihre Fragestellungen zu erhalten. Dafür nutzen sie systematisch die neuen technischen Möglichkeiten der Erhebung und Analyse parlamentarischer Prozessdaten. Das Projekt ist damit das erste seiner Art, in dem auf diese Weise der "deutsche Weg zur Demokratie" untersucht wird.

Schröder und Manow streben im Rahmen von "Formative Stages" außerdem die Vertiefung ihrer bisherigen Kooperationen mit Projekten zu ähnlichen Fragestellungen an. Das betrifft zum einen die Zusammenarbeit mit Forscherinnen und Forschern zu den britischen und amerikanischen Fällen. Zum anderen möchten sie mit einer vergleichenden Perspektive auch die Erforschung der Entwicklung der parlamentarischen Systeme in den zahlreichen anderen europäischen Gesellschaften vorantreiben.

Weitere Informationen zum Projekt:

[Formative Stages of German Politics: The Contested Rise of Parliamentary Democracy.](#)

[1867-1967](#)

Kontakt:

[Prof. Dr. Philip Manow](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 7

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58580

E-Mail: manow@uni-bremen.de

Dr. Valentin Schröder

22.05.2015

ZeS Arbeitspapier Nr. 03/2015



Hannah Zagel: Understanding Differences in Labour Market Attachment of Single Mothers in Great Britain and West Germany

Es ist in den letzten Jahren zu einem zentralen sozialpolitischen Thema geworden, wie alleinerziehende Mütter besser in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Nicht nur die Heterogenität der Gruppe Alleinerziehender stellt dabei eine besondere Herausforderung dar, sondern auch, dass es sich beim Alleinerziehen häufig um einen Lebensabschnitt handelt, der den Dynamiken des Familienlebens unterstellt ist.

Dieses Arbeitspapier untersucht in vergleichender Perspektive zwischen Großbritannien und Westdeutschland, inwiefern Unterschiede in den Graden der Arbeitsmarkteinbindung alleinerziehender Mütter mit ihrer sozio-demographischen Lage zusammenhängen. Unterscheidend zwischen Vollzeit-, Teilzeit- und Nicht-Erwerbstätigkeit werden Daten des British Household Panel Survey (1991-2008) und des Sozio-ökonomischen Panel (1991-2008) aus 10 bis 18 Jahren der Erwerbskarrieren alleinerziehender Mütter mit Regressionsverfahren ausgewertet (N= 678).

Die Analysen deuten darauf hin, dass Frauen die in jungem Alter alleinerziehend sind, in beiden Länderkontexten längere Perioden der Nicht-Erwerbstätigkeit haben als ältere Alleinerziehende. Zudem scheinen Mütter, die zum Zeitpunkt des Alleinerziehens eine Berufsausbildung abgeschlossen hatten, eher zu Teilzeiterwerbstätigkeiten zu neigen, während höhere Bildungsqualifikationen mit längeren Episoden der Vollzeiterwerbstätigkeit einhergehen. Im Vergleich zu den britischen alleinerziehenden Müttern weisen die westdeutschen längere Perioden der Teilzeiterwerbstätigkeit auf.

Download: [ZeS Arbeitspapier 03/2015](#)

30.04.2015

Der Sozialstaat am Scheideweg: Forschung und Lehre zur Sozialpolitik im deutschen Universitätssystem

Mit zahlreichen Beiträgen, u.a. von Stephan Leibfried, Frank Nullmeier und Magnus Brosig, in der Zeitschrift "Deutsche Rentenversicherung" erschienen.

Soeben erschien im Heft 1 von "Deutsche Rentenversicherung" eine Bilanz quer durch alle einschlägigen Disziplinen zur "Entwicklung der Sozialpolitik in Forschung und Lehre" an den deutschen Universitäten. Zum Inhalt: Die Sozialpolitik verschwindet seit den 1990er Jahren zunehmend aus dem universitären Wissens- und Ausbildungssystem in Deutschland, und zwar in allen fünf einschlägigen Disziplinen (Jura, Ökonomie, Soziologie, Politikwissenschaft und Geschichte), am wenigsten gilt noch für das Recht (aber da wird das Wissen deutlich flacher). Was bleibt, ist ein gewisses juristisches Gerippe (weil es eine Sozialgerichtsbarkeit gibt) und im übrigen bei Bedarf schnell hingeworfene Modelle bzw. eine Hobby-Beschäftigung mit dem Thema. Damit fehlt die öffentliche, andauernde, begleitende, empirisch fundierte Expertise. Zurück bleibt sektorales Maschinenraumwissen im und über den Sozialstaat, ein Wissen, das nur einen begrenzten Radius hat (Spartenwissen, kaum Wissen über die Maßnahmefolgen, ...) und kaum nach außen dringt; und es bleibt kaufbare private Expertise (in Beratungsunternehmen und

in außeruniversitären Wirtschaftsinstituten). Das Fundament für eine informierte Öffentlichkeit und öffentliche Begleitung von Sozialpolitik ist dann entfallen. Eine "Sozialpolitik im Blindflug" wäre das Ergebnis. Will man sich das ernsthaft für die Riesenmaschine "Sozialstaat" leisten, die in Deutschland ein Drittel des Bruttoinlandprodukts erfasst und die Hälfte der öffentlichen Haushalte ausmacht?

Europa blickt in der Sozialpolitik seit 1880 immer auf Deutschland als sozialpolitisches Musterland, und das verstärkt seit den 1990er Jahren, aber die "intellectual leadership" für ein "soziales Europa" (Jacques Delors) wird so entfallen - obgleich sie in der heutigen Zeit besonders nötig wäre, wo die Europäische Union (EU) mit der reinen Austeritätspolitik im Süden in einer Sackgasse gelandet ist und Brüssel seit zwei Jahren mit einer europäischen Arbeitslosenversicherung hilflos einen Ausweg sucht. Europas Plan B heißt dann Großbritannien (das neoliberale Modell) oder, im günstigsten Fall, schauen wir ad hoc auf die Erfahrungen der kleinen Länder in Benelux und Skandinavien.

Ironisch ist nachzutragen: Es wird dann in den USA mehr sozialpolitisches Wissen über das eigene Land im Universitätssystem geben als in Deutschland. Das Universitätssystem der USA ist so groß, fördert massiv Empirie und toleriert Diversität so stark, dass es einen institutionalisierten Plan B im Wissenschaftssystem hat, wenngleich der dortige Sozialstaat nie vollendet wurde und brüchig blieb. In Deutschland kennen wir keinen solchen Plan B in unserem Wissenssystem. Wir hätten dann ein Wissenschafts- und Ausbildungssystem, das mit dem Rücken zum Sozialstaat steht.

Folgende Beiträge sind zu diesem Schwerpunktthema in Heft 1 der Zeitschrift "Deutsche Rentenversicherung" enthalten:

- Prof. Dr. Stephan Leibfried, Dr. Christina Stecker:
Sozialpolitik: Bilanz und Perspektiven für Forschung und Lehre an den deutschen Universitäten – eine Einführung
- Prof. Dr. Ursula Dallinger, Prof. Dr. Stephan Lessenich, Prof. Dr. Ilona Ostner:
Soziologische Forschung zur Sozialpolitik: Geschichte, Institutionalisierung, Herausforderungen
- Prof. em. Dr. Richard Hauser:
Die institutionelle Verankerung von Lehre und Forschung zur Sozialpolitik in den Wirtschaftswissenschaften an deutschen staatlichen Universitäten
- Prof. Dr. Werner Sesselmeier:
Wissenschaftliche Forschung zur Sozialpolitik in den Wirtschaftswissenschaften: Bilanz und Perspektiven
- Prof. Dr. Ulrich Becker:
Wissenschaftliche Forschung zum Sozialrecht – Bilanz und Perspektiven aus

Sicht der Rechtswissenschaften

- Prof. Dr. Frank Nullmeier, Dr. Magnus Brosig:
Politikwissenschaftliche Forschung zur Sozialpolitik und Alterssicherung
- PD Dr. Winfried Süß:
Die Geschichte der Sozialpolitik als Teil der Neueren und Neuesten
Geschichte/Zeitgeschichte
- Prof. Dr. Stephan Leibfried:
Zentrale Ergebnisse des Memorandums "Förderinitiative Stiftungsprofessuren
Sozialpolitik"

Weitere Informationen:

[Zeitschrift "Deutsche Rentenversicherung"](#)

Kontakt:

Prof. Dr. Stephan Leibfried (verstorben)

25.02.2015

ZeS Arbeitspapier Nr. 02/2015



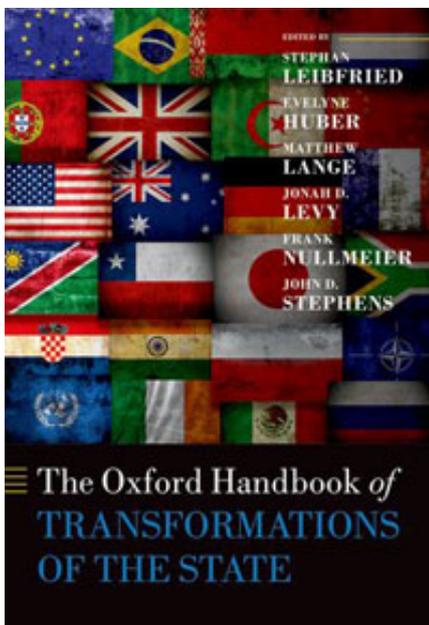
Peter Starke: Krisen und Krisenbewältigung im deutschen Sozialstaat: Von der Ölkrise zur Finanzkrise von 2008

Der Beitrag analysiert die sozialpolitischen Krisenreaktionen in Deutschland auf die Finanzkrise von 2008 im Licht der historischen Entwicklung und der Befunde der international vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung. Vier aufeinanderfolgende Konjunkturpakete enthielten eine Reihe wichtiger sozialpolitischer Elemente, allen voran die Kurzarbeit. Der internationale Vergleich zeigt, dass Deutschlands sozialpolitische Krisenantwort vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Performanz und der bestehenden sozialstaatlichen Institutionen nicht ungewöhnlich war. Überraschend war die starke Rolle der Gewerkschaften und Arbeitgeber bei der Politikformulierung. Insbesondere die sektoralen Verbände der deutschen Exportwirtschaft konnten 2008 und 2009 deutliche Akzente setzen.

Download: [ZeS Arbeitspapier 02/2015](#)

29.01.2015

The Oxford Handbook on Transformations of the State erscheint im März 2015



Hg. von Stephan Leibfried, Evelyne Huber, Matthew Lange, Jonah D. Levy, Frank Nullmeier, und John D. Stephens.

"The Oxford Handbook of Transformation of the State" erscheint in der bekannten Handbuchreihe, deren Bände von Oxford University Press initiiert werden. Mit diesem Werk zieht der Bremer Sonderforschungsbereich "Staatlichkeit im Wandel", dessen Arbeit 2003 begann und 2014 abschloss, zusammen mit vielen internationalen Staatsforscherinnen und Staatsforschern eine große Schlussbilanz zum "state of the state". Das geschieht nicht nur für den Globalen Norden, sondern auch für den Globalen Süden, also für die gesamte Staatenwelt. Mit diesem Handbuch kommen 12 Jahre Bremer Forschung zu einem ersten international sichtbaren Abschluss.

Das Handbuch hat bei 44 Kapiteln fünf Abteilungen:

1. Die Entstehung der modernen Staaten.
2. Internationalisierung und Staat.
3. Die laufenden Transformationen der Kern-OECD-Staatenwelt.
4. Post-kommunistische Besonderheiten: Staatstransformationen in der früheren kommunistischen Welt.
5. Staatstransformationen im Globalen Süden.

Zudem gibt es eine umfangreiche Zuführung zu diesem Großthema in den Kapiteln 1 und 2, samt einer ersten Synthese in Kapitel 9, und einen Ausblick in Kap. 44.

Derzeit ist das Handbuch für einen um 30% reduzierten Preis beim Verlag zu beziehen. In zwei Jahren wird es als Paperback erscheinen - und für Studierende erschwinglich sein.

Download:

[Table of Contents](#)

Weitere Informationen:

[Oxford University Press](#)

Kontakt:

[Prof. Dr. Frank Nullmeier](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 7

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58576

E-Mail: frank.nullmeier@uni-bremen.de

Prof. Dr. Stephan Leibfried (verstorben)

12.11.2014

Uni Bremen befragt Besucher der Waterfront Bremen

Wissenschaftliche Untersuchung zur Akzeptanz von Reformen.

Öffentliche Projekte kosten Geld, und zwar das Geld der Steuerzahler. Gesellschaftliche Großprojekte haben zahlreiche Finanzierungsaspekte. Wie werden diese von den Bürgerinnen und Bürgern eigentlich wahrgenommen und bewertet? Dieser Frage geht ein Forscherteam des Zentrums für Sozialpolitik der Universität Bremen in der kommenden Woche vom 17. bis 22. November 2014 in einer wissenschaftlichen Befragung von Passanten im Einkaufszentrum Waterfront Bremen in Gröpelingen nach. "Wir wollen herausfinden, welche Gerechtigkeitsaspekte bei den Finanzierungslasten öffentlicher Großprojekte in der Bevölkerung eine Rolle spielen", sagt Projektleiter Professor Stefan Traub. In einer 15-minütigen Befragung sollen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die anonym bleiben, einfache Entscheidungsaufgaben am Computer durchführen. Die gewonnenen Daten und Ergebnisse werden von den Forschern anschließend ausgewertet und sollen helfen, die Akzeptanz und Wirkung von Reformen zu erklären.

Als Belohnung für das Mitmachen erhalten die Teilnehmer eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 5 Euro. Zusätzlich haben alle Teilnehmenden die Chance auf einen Lotteriegewinn von bis zu 160 Euro in bar, der bei Gewinn sofort ausgezahlt wird. Professor Stefan Traub und sein Team bauen ihren Stand in der Waterfront Bremen vor dem Cinespace Multiplex Kino auf und sind täglich von 10 bis 20 Uhr vor Ort.

Kontakt:

Ole Kutzschbauch

09.10.2014

Party competition and voter de- & re-alignments in times of welfare state transformations

Tagung des Zentrums für Sozialpolitik und Sciences Po, Paris am 25.-26. September 2014.

Hanna Schwander und Philip Manow veranstalteten zusammen mit Bruno Palier vom Centre d'étude Européenne der Sciences Po in Paris eine zweitägige Tagung mit dem Ziel die Auswirkungen der Veränderungen der sozialpolitischen Systeme auf den politischen Wettbewerb und Wähler-Parteien-Bindungen zu diskutieren. Ausgangspunkt der Tagung waren die tiefgreifenden Veränderungen der wohlfahrtstaatlichen Systeme in postindustriellen Gesellschaften, welche eine traditionelle Mobilisierung der Kernwählerschaft über den Wohlfahrtstaat, wie sie im goldenen Zeitalter des Wohlfahrtstaatsausbaus möglich und üblich war, verunmöglichte. In Anbetracht des Ausmaßes des Sozialstaatsumbaus in den letzten Jahrzehnten, welche durch die andauernde Wirtschaftskrise verstärkt wird, und der Bedeutung des Sozialstaats für die materielle Absicherung des individuellen Bürgers und den politischen Wettbewerb und der Identität der Parteien vermuten wir, dass der Sozialstaatsumbau weitreichende Folgen für diverse Aspekte des politischen Wettbewerbs haben sollte. Dazu kommt, dass die distributiven und daher auch politischen Konsequenzen der Reformen vielschichtig und komplex sind: Reformen reduzieren oftmals den passiven Schutz gegenüber ‚alten‘ sozialen Risiken wie Arbeitslosigkeit, während neue Policies entweder zum Schutz vor neuen sozialen Risiken wie instabilen Familienverhältnisse oder atypischer Erwerbsarbeit oder mit einem stärkeren Fokus auf (Wieder)beschäftigung ausgebaut werden.

Dazu kommt, dass sich durch abnehmende Parteienbindungen, der Auflösung traditioneller Wählermilieus und einer stärkeren Fragmentierung des Parteiensystems auch der Parteienwettbewerb im Wandel befindet. Die Forschung zum Parteienwettbewerb betont hier die Zentralität langfristiger struktureller Prozesse wie Globalisierung und Post-Industrialisierung, während der Wandel des Wohlfahrtsstaates als strukturierender Faktor wenig Beachtung findet. Dies ist umso überraschender als dass der Konflikt um den Wohlfahrtstaat (Abbau versus Expansion) als der zentrale Konflikt im Parteienwettbewerb gilt und die ökonomische Dimension des politischen Konfliktes oftmals als dominant angesehen wird und es daher Grund zur Annahme gibt, dass die grundlegenden Veränderungen im Sozialstaat auch den politischen Wettbewerb tangieren. Bürger, die sich als Verlierer der Reformen sehen, können beispielsweise zunehmend extreme Parteien an den Rändern des Parteienspektrums wählen oder sich der Wahl enthalten, was zu einer stärkeren Polarisierung des Parteiensystems aber auch zu einer geringeren Legitimität des Regierungen führen kann, da sich größere Wählerschaften nicht mehr repräsentiert sehen.

Gleichzeitig könnte sich das Verhältnis zwischen der ökonomischen und der zweiten, oftmals kulturellen oder moralischen genannten Dimension verändern, wenn sich aufgrund des wahrgenommen oder faktischen Zwangs zur Reduktion des Wohlfahrtsstaates der Parteienwettbewerb auf die zweite Dimension verlagert. Abgesehen von einer relativ jungen Literatur zu den elektoralen Auswirkungen von Wohlfahrtstaatsreformen, fehlen jedoch umfassende Analysen zu den Effekten von Sozialstaatsreformen auf das Wahlverhalten von traditioneller und neuer Wählergruppen, Parteienwettbewerb und -polarisierung, die Struktur des politischen Wettbewerb, die Salienz des Wohlfahrtsstaates und der ökonomischen Dimension im politischen Wettbewerb im Allgemeinen sowie die Adaptionsstrategien von Parteien.

Zur Diskussion der beschriebenen Fragen waren folgende Wissenschaftler eingeladen, mit

großzügiger Unterstützung des Sfb 597 "Staatlichkeit im Wandel" und der Sciences Po:

- Alexandre Afonso, King's College, London, GB
- Ben Ansell, Nuffield College, Oxford University, GB
- Silja Häusermann, Universität Zürich, Schweiz
- Carsten Jensen, Universität Aarhus, Dänemark
- Herbert Kitschelt, Duke University, USA
- Johannes Lindvall, Universität Lund, Schweden
- Kimberly Morgan, George Washington University, USA
- Jonathan T. Polk, Universität Gothenburg, Schweden
- Philipp Rehm, University of Ohio, USA
- Jan Rovny, Centre d'études européennes, Sciences Po, Paris, Frankreich
- Allison Rovny, Centre d'études européennes, Sciences Po, Paris, Frankreich
- David Rueda, Nuffield College, University of Oxford, GB

Organisation der Tagung:

Philip Manow, Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen, Deutschland

Bruno Palier, Centre d'études européennes, Sciences Po, Paris, Frankreich

Hanna Schwander, Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen, Deutschland

Kontakt:

[Prof. Dr. Philip Manow](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 7

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58580

E-Mail: manow@uni-bremen.de

06.10.2014

Uni Bremen erhält DFG Forschergruppe zur Bedarfsgerechtigkeit



Prof. Dr. Stefan Traub, Sprecher der Forschergruppe 2104 "Bedarfsgerechtigkeit und Verteilungsprozeduren"

Sprecherfunktion und zwei Teilprojekte am Zentrum für Sozialpolitik.

Auf seiner Oktober-Sitzung hat der Senat der DFG die Einrichtung einer Forschergruppe „Bedarfsgerechtigkeit und Verteilungsprozeduren“ (FOR 2104) an der Universität Bremen beschlossen. Die Forschergruppe ist ein interdisziplinäres Kooperationsprojekt mit insgesamt elf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universitäten Bremen, Hamburg, Oldenburg und Wien sowie der Jacobs University Bremen aus den Disziplinen Philosophie, Politikwissenschaft, Psychologie, Soziologie und Volkswirtschaftslehre. Sprecher der Forschergruppe ist der Volkswirt Professor Stefan Traub, Co-Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Zentrums für Sozialpolitik (ZeS). Die Universität Bremen ist zudem mit den Politikwissenschaftlern Professor Frank Nullmeier und Tanja Pritzlaff (beide ebenfalls vom ZeS, Abteilung Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates) und Professorin Dagmar Borchers (Institut für Philosophie) an der Forschergruppe beteiligt.

In der ersten dreijährigen Förderphase (2015-2017) wird die Forschergruppe der Frage nachgehen, wie auf individueller Ebene Bedarfe identifiziert und diese auf gesellschaftlicher Ebene anerkannt werden. Führt der Prozess der Bedarfsanerkennung zu einem stabilen Ergebnis? Und welche ökonomischen Anreizeffekte gehen von bedarfsgerechter Umverteilung aus? Eine Besonderheit der Forschergruppe ist, dass alle Teilprojekte interdisziplinär besetzt sind und die jeweiligen Fragestellungen mit Hilfe von Laborexperimenten untersucht werden, in denen Versuchspersonen realistische Verteilungsentscheidungen treffen. Das langfristige Ziel ist die Formulierung einer normativen Theorie der Bedarfsgerechtigkeit auf Basis dieser experimentellen Beobachtungen. Die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler orientieren sich dabei an zwei zentralen Vermutungen: zum einen, dass es dem Einzelnen leichter fällt, die bestehenden Verteilungsprinzipien zu akzeptieren, wenn diese transparent sind; zum

anderen, dass die Zustimmung zum Verteilungsergebnis umso höher ist, je mehr Expertise bei der Verteilung herangezogen wird. Ausgehend davon sollen in der Folge passgenaue Analysen des Sozialstaats betrieben werden.

Eine Forschergruppe ist ein enges Arbeitsbündnis mehrerer herausragender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die gemeinsam eine Forschungsaufgabe bearbeiten. Das Forschungsvorhaben geht dabei nach seinem thematischen, zeitlichen und finanziellen Umfang über die Förderungsmöglichkeiten im Rahmen der DFG-Einzelförderung weit hinaus. Die Förderung von Forschergruppen soll helfen, für eine mittelfristige - meist auf sechs Jahre - angelegte, enge Kooperation die notwendige personelle und materielle Ausstattung bereitzustellen. Forschergruppen tragen dazu bei, neue Arbeitsrichtungen zu etablieren.

Die genaue Fördersumme der DFG für die Forschergruppe „Bedarfsgerechtigkeit und Verteilungsprozeduren“ ist den Antragstellern zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bekannt, da der schriftliche Zuwendungsbescheid der DFG noch nicht vorliegt.

Kontakt:

[Prof. Dr. Stefan Traub](#)

Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

Holstenhofweg 85

22043 Hamburg

Tel.: +49 40 6541-2865

E-Mail: stefan.traub@hsu-hh.de

23.09.2014

Nobelpreisträgertagung in Lindau



James Mirrlees, Preisräger 1996, im Gespräch mit jungen Ökonomen (ganz rechts Nicola Maaser).

Nicola Maaser von der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des ZeS zum 5. Ökonomie-Nobelpreisträgertreffen eingeladen.

Vom 19. bis zum 23. August diesen Jahres fand in Lindau das 5. Treffen der Ökonomie-Nobelpreisträger statt. Nicola Maaser, Post-Doc in der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des ZeS, nahm als eine von 460 ausgewählten Nachwuchswissenschaftlern aus 80 verschiedenen Ländern daran teil.

Die traditionsreichen Lindauer Treffen bieten jungen Wissenschaftlern eine einmalige Gelegenheit, von Nobelpreisträgern ihrer Fachrichtung in Vorlesungen, Diskussionsrunden und Meisterkursen zu lernen und mit ihnen in Pausen und Abendveranstaltungen ungezwungen ins Gespräch zu kommen. An dieser Tagung nahmen 17 der 38 lebenden Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften teil, darunter Alvin Roth, Robert Aumann, Reinhard Selten, Joseph Stiglitz und Robert C. Merton.

Kontakt:

Dr. rer. pol. Nicola Friederike Maaser

15.09.2014

Denkschrift zum Thema "Grundlagen und Herausforderungen des Sozialstaats" anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Bundesozialgerichts veröffentlicht



Von li.n.r.: Joachim Gauck (Bundespräsident), Peter Masuch (Präsident Bundessozialgericht) (© Andreas Fischer, Kassel).

Bundespräsident Gauck nimmt Sozialpolitik-Denkschrift entgegen und will die Diskussion in Berlin fortführen.

Unter Beteiligung des Sonderforschungsbereichs "Staatlichkeit im Wandel" (Sfb 597) und des Zentrums für Sozialpolitik (ZeS) wurde am Donnerstag, dem 11. September 2014 Bundespräsident Joachim Gauck am Sitz des Bundessozialgerichts in Kassel die Denkschrift 60 Jahre Bundessozialgericht (BSG) zum Thema "Grundlagen und Herausforderungen des Sozialstaats" (Erich Schmidt Verlag 2014) übergeben.

Die Denkschrift umfasst 823 Seiten, davon gelten mehr als 300 Seiten den heutigen und künftigen Herausforderungen, das Übrige zielt auf eine solide Bestandsaufnahme. In einem so "pfadabhängigen" Staatssektor sagt der Blick zurück viel über den Weg nach vorn. Der Bundespräsident machte in seiner Ansprache auf der Grundlage der Denkschrift eine Gegeneinladung zur vertiefenden Diskussion dieser Thematik und zur Lage der Sozialpolitik in den einschlägigen Universitätsdisziplinen (s. dazu das Vorwort der Denkschrift, S. VI-IX) in seinem Amtssitz in Berlin. Eine "Sozialpolitik"!, die sich "im Blindflug" entwickelt, weil die Universitäten ihr immer weniger Aufmerksamkeit widmen, schien ihm keine sinnvolle Zukunftsperspektive zu sein.

Eine Festschrift für ein Gericht als Denkschrift ist schon als solches ein unübliches Format: Hier wird nicht ein Gericht gefeiert, sondern das Gericht lenkt den Blick anlässlich seines Jubiläums auf den Zustand und die Zukunft des deutschen Sozialstaats, also seinen "Arbeitsgegenstand", also den Sozialstaat bei dem ja viel in Bewegung ist und der mit ca. 50% der Staatsausgaben und bald einem Drittel des Bruttosozialprodukts auch alles andere als eine Nebensache in Deutschland darstellt. Und das Gericht greift dazu weit über die Rechtswissenschaften hinaus (= 9 Aufsätze) und hat Historiker, Philosophen, Politologen, Soziologen und Wirtschaftswissenschaftler zu dieser gemeinsamen Bilanz gebeten, die 38 Kapitel umfasst. Nun ist dies zwar ein Thema in der gesamten OECD-Welt, denn überall ist der Sozialstaat die "bessere Hälfte" des Staats, aber eine so profilierte Sozialgerichtsbarkeit findet sich nur in Deutschland. Erst die Fusion von Rechtsstaat und Wohlfahrtsstaat ergibt den deutschen Sozialstaat. Dieser Sozialstaat und die Sozialgerichtsbarkeit sind "eineige Zwillinge" (Vorwort, S. X f.). Vielleicht kam es deshalb gerade der deutschen Sozialgerichtsbarkeit zu, diesen Blick auf ihr "umzu" in dieser Zeit so umfassend zu lenken.

Die Bremer Beteiligung zeigt sich in vielen Autoren aus der Universität Bremen (Olaf Groh-Samberg, Friedhelm Hase, Stephan Leibfried, Steffen Mau, Frank Nullmeier und Herbert Obinger), in vielen früheren Bremern (Stefan Gosepath, Florian Rödl, Ilona Ostner, Manfred G. Schmidt und Peter Starke) oder in mit Bremen eng verbundenen Autoren (u.a. Franz-Xaver Kaufmann, ZeS Gründungsbeirats-Vorsitzender 1990-1998). Franz-Xaver Kaufmann schrieb das

Kapitel "Zusammenschau und Ausblick" zu dem Band, das als Ein- wie Ausstieg lohnt (S. 777-811). Die Bremer Beteiligung wird sich auch bei dem Folgeband über "Richterliche Wissensgewinnung und Wissenschaft: BSG-Entscheidungsfindung und die Sozialstaatsforschung" zeigen, der aus einer Konferenz zu acht Themenfeldern entstehen wird, die am BSG schon vorab am 9. und 10. September stattfand. Hier tauschten BSG-Sozialrichter und die breite Palette von Sozialpolitikdisziplinen systematisch ihre Erfahrungen über Rechtsprechungsprobleme in den Feldern Pflege, Alterssicherung, Gesundheit, Arbeitsmarktpolitik, Armut, Unterhaltsverband, Behinderung und Finanzierung der Sozialversicherung aus. Das geschah unter reger Beteiligung der Sozialrichter aus den unteren Instanzen, also der Landessozialgerichte und Sozialgerichte, denn all das war als 46. Richterwoche des BSG organisiert. An der Konferenz waren und an dem Band 2 sind aus Bremen z.B. beteiligt Stefan Gress, Johannes Huinink, Heinz Rothgang und Winfried Schmähl.

Zwei der Herausgeber dieser beiden Bände haben Bremer Wurzeln: Stephan Leibfried, Sprecher des Sfb "Staatlichkeit im Wandel" und Koabteilungsleiter im ZeS, ist in Bremen seit 1974; und Peter Masuch, Präsident des Bundessozialgerichts, ist ein Absolvent der Bremer einphasigen Juristenausbildung des 1972er Jahrgangs (S. Lichtspuren, S. 132 f.) und war dort Teilnehmer des Abschlußprojekts "Sozialpolitik in den Grenzen des Steuerstaats", und war dann in Bremen in den 1980er und 1990er Jahren auch Richter am Sozial- und Landessozialgericht.

Download:

[Rede von Ulrich Becker & Stephan Leibfried](#) anlässlich der Übergabe der BSG-Denkschrift an den Bundespräsidenten am 11. September 2014 beim BSG Kassel sowie Bilder zur Veranstaltung.

Mehr Informationen:

[Erich Schmidt Verlag](#): Inhaltsverzeichnis und weitere Informationen zur Veröffentlichung.

[Bundespräsident Joachim Gauck: 60 Jahre Bundessozialgericht](#), Rede vom 11. September 2014, Bundessozialgericht Kassel

Kontakt:

Prof. Dr. Stephan Leibfried (verstorben)

28.08.2014

ZeS Arbeitspapier Nr. 03/2014



Aline Grünewald: Social Security around the World. A Review of Datasets

Mit zunehmendem wissenschaftlichen Interesse an sozialpolitischen Reformen sowie an Prozessen der Politikdiffusion werden umfassende Datensätze zu sozialen Sicherungssystemen umso mehr benötigt. Daher stellt dieses Arbeitspapier einen Überblick über die bestehenden Datensätze zur sozialen Sicherung zur Verfügung und diskutiert deren Stärken und Schwächen.

Die präsentierten Projekte eignen sich sowohl für Ereignisdatenanalysen als auch für multivariate Regressionen. Da sich ein Großteil der Forschung bisher hauptsächlich mit OECD Ländern beschäftigt hat, widmet sich dieses Arbeitspapier insbesondere Daten jenseits der OECD Welt, die somit für die weitere Vervollständigung bestehender Datenprojekte und die Analyse von globalen Dynamiken der sozialen Sicherung genutzt werden können.

Download: [ZeS Arbeitspapier 03/2014](#)

12.08.2014

City Triathlon Bremen 2014



ZeS-Racing Team gibt alles!

Am 10. August 2014 war es einmal wieder Zeit für das ZeS-Racing-Team beim City Triathlon Bremen in der Überseestadt anzutreten. Das ZeS-Racing-Team stellte in diesem Jahr nicht nur wieder zwei Einzelstarter (Philipp Krügel und Fabian Paetzel), sondern gleich zwei Staffeln.

In der Team-Konstellation Hongyan Yang, Ole Kutzschbauch und dem externen portugiesischen Schwimmstar Tiago Faria konnte eine Mixed-Staffel erfolgreich durchstarten. Zudem feierte in der Team-Konstellation Stefan, Maximilian und Johannes Traub eine Familien-Staffel ihre Premiere.

Die Bedingungen waren abgesehen vom starken Wind und der Mittagshitze sehr gut. Die zwei Einzelstarter meisterten den Triathlon in 1:24 h, angesichts der Umstände eine beeindruckende Zeit. Die Staffeln wuchsen in diesem Jahr über sich hinaus und brillierten mit tollen Zeiten (knapp oberhalb von 1:20 h). Die Stimmung unter den Athleten war wie im letzten Jahr grandios und die zahlreichen Zuschauer konnten das ZeS-Racing-Team zusätzlich motivieren.

Das beigefügte Foto zeigt die glücklichen aber sichtlich erschöpften Athleten direkt nach dem Wettkampf. Das ZeS-Racing-Team freut sich über weitere Interessierte und plant auch im nächsten Jahr wieder „voll durchzustarten“.

Kontakt:

Dr. Fabian Paetzel

08.08.2014

ZeS Arbeitspapier Nr. 02/2014



Herbert Obinger, Klaus Petersen: Mass Warfare and the Welfare State. Causal Mechanisms and Effects

Die Frage, ob und wie Kriege die Entwicklung von westlichen Wohlfahrtsstaaten beeinflusst haben, ist in der Literatur umstritten. Bislang fokussierte die Forschung entweder auf den Zielkonflikt zwischen Sozial- und Militärausgaben oder untersuchte einzelne Länder. Demgegenüber fehlt bislang ein systematischer Vergleich, der auch die relevanten Kausalmechanismen in den Blick nimmt.

Dieses Arbeitspapier skizziert eine Forschungsagenda für eine vergleichende Analyse der Wechselbeziehung zwischen Krieg und Sozialstaat. Unter Berücksichtigung von drei Phasen (Kriegsvorbereitung, Konfliktphase und Nachkriegszeit) werden mögliche Kausalmechanismen vorgestellt, wie militärische Konflikte den Sozialstaat im Zeitalter des Massenkriegs (ca. 1860 - 1960) beeinflusst haben. Schließlich werden erste empirische Befunde für kriegsführende, neutrale und okkupierte Länder präsentiert.

Download: [ZeS Arbeitspapier 02/2014](#)

02.07.2014

Die Zukunft des Sozialstaates



Dokumentation der 26. Bremer Universitäts-Gespräche erschienen.

Die Diskussionen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik über die "Die Zukunft des Sozialstaates" werden nun durch eine Dokumentation der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Verantwortlich für die wissenschaftliche Koordination der 26. Bremer Universitäts-Gespräche im November 2013 waren Frank Nullmeier und Herbert Obinger, beide Abteilungsleiter am Zentrum für Sozialpolitik (ZeS) der Universität Bremen.

Sechs Impulsreferate ermöglichten eine kontroverse Diskussion über die Folgen der Finanzmarkt- und Eurokrise für die Sozialpolitik, über neue und alte Ungleichheiten und über den Sozialinvestitionsstaat als Ausweg.

Die Dokumentation enthält unter anderem Beiträge von Professor Klaus Armingeon, Dr. Werner Eichhorst, Dr. Armin Schäfer, Professorin Waltraut Schelkle, Professor Friedrich Breyer, Professorin Rita Nikolai, Professor Marius R. Busemeyer und Professor Heiko Starobom.

Die Dokumentation "Die Zukunft des Sozialstaates" ist für 10,65 Euro beim Verlag erhältlich.

Weitere Informationen:

[Isensee Verlag](#)

[26. Bremer Universitäts-Gespräche 2013](#), Wolfgang-Ritter-Stiftung Bremen

Kontakt:

[Prof. Dr. Frank Nullmeier](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 7

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58576

E-Mail: frank.nullmeier@uni-bremen.de

[Prof. Dr. Herbert Obinger](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 5

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58567

E-Mail: herbert.obinger@uni-bremen.de

30.06.2014

Carina Schmitt in die Junge Akademie berufen



Dr. Carina Schmitt

Carina Schmitt wird als eine von zehn neuen Mitgliedern in die Junge Akademie gewählt.

Am 29. März hat das Auswahlgremium der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) und der Akademie der Naturforscher Leopoldina entschieden, Carina Schmitt als eine von zehn neuen Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler in die Junge Akademie zu berufen.

Carina Schmitt ist Postdoktorandin in der Abteilung "Institutionen und Geschichte des Wohlfahrtsstaates" des ZeS. Nach ihrer Habilitation zum Thema "Diffusion und Konvergenz von Wirtschafts- und Sozialpolitik in reichen Demokratien" wurde sie mit dem John F. Kennedy

Memorial Fellowship des DAAD und des Center for European Studies der Harvard University ausgezeichnet. Im September letzten Jahres nahm sie ihren zehnmonatigen Forschungsaufenthalt an der Harvard University auf und arbeitet dort zurzeit an einem Forschungsvorhaben zur Entstehung des Wohlfahrtsstaates aus globaler Perspektive.

Die Junge Akademie verfolgt vorrangig zwei Aufgaben: die Pflege des wissenschaftlichen, insbesondere interdisziplinären Diskurses unter herausragenden Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern sowie die Förderung von Initiativen an den Schnittstellen von Wissenschaft und Gesellschaft. Die Mitglieder kommen aus verschiedenen Fachrichtungen, von Astrophysik über Rechts- und Politikwissenschaften bis hin zur Wissenschaftsphilosophie. Sie werden für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Jedes Mitglied verfügt über ein Forschungsbudget von derzeit ca. 30.000 Euro, das für gemeinsame wissenschaftliche Projekte verwendet wird.

Weitere Informationen: [Die Junge Akademie](#)

Kontakt:

Prof. Dr. Carina Schmitt

07.06.2014

Melike Wulfgramm promoviert mit der Auszeichnung summa cum laude



Melike Wulfgramm

Erfolgreiche Verteidigung der Dissertation "Labour Market Policy and its Effects on Subjective Well-Being and Reemployment Stability in Europe".

Am 4. Juni hat Melike Wulfgramm erfolgreich ihre Dissertation "Labour Market Policy and its Effects on Subjective Well-Being and Reemployment Stability in Europe" verteidigt.

Die Prüfungskommission, bestehend aus Herbert Obinger (Erstgutachter), Andrew Oswald (Zweitgutachter), Karin Gottschall, Stefan Traub, Hanna Schwander und Holger Döring hat sich einstimmig für die Verleihung des Prädikats summa cum laude ausgesprochen.

Herbert Obinger (Sprecher des ZeS), erklärte in seinem Gutachten: "Frau Wulfgramm hat mit ihrer kumulativen Promotionsschrift eine gleichermaßen beeindruckende wie innovative Forschungsleistung erbracht, die insgesamt einen erheblichen wissenschaftlichen Mehrwert generiert hat und zum Teil absolutes Neuland erschließt. [...] Völlig zu Recht wurden ihre Arbeiten von internationalen Spitzenzeitschriften veröffentlicht."

Andrew Oswald (University of Warwick, Mitherausgeber von Science) schrieb: "This is valuable work on a topic of great significance to Europe. [...] The lucid style is well above the minimum necessary standard for a PhD dissertation. This dissertation is a pleasure to read."

Ausführliche Informationen finden Sie in der [Projektbeschreibung](#) und den aus dem Projekt entstandenen Publikationen.

Kontakt:

Melike Wulfgramm

03.04.2014

Panel bei Abschlusstagung SfB 597: Wie sich Staat wandelt

Am 3.-4. April findet im Atlantic Hotel Universum in Bremen die Abschlusstagung des SfB 597 mit dem Thema "Wie sich Staat wandelt" statt. Panel 5 fokussiert hierbei auf "Social and Political Effects of Welfare State Transformation"

Panelverantwortliche: Melike Wulfgramm

Ausschreibungstext Panel 5: "Social policy is constantly under pressure to adjust to political, social and economic changes. In reaction to structural forces such as globalisation, rising market inequalities and demographic change, advanced welfare states in OECD countries were significantly restructured over the past two decades. While the reform trajectories have been intensively studied, the social and political repercussions of these reforms were often neglected. Therefore this panel invites contributions that analyse the intended and unintended social outcomes and political reactions connected to welfare state transformation in advanced democracies. We invite empirical papers from all social science disciplines which deal with these questions from a comparative perspective."

16.01.2014

Bremer Sozialwissenschaftler Professor Stephan Leibfried erhält Schader-Preis 2014



Prof. Dr. Stephan Leibfried

Besondere Anerkennung für die bremische sozialwissenschaftliche Forschung zu Sozialstaat und Staat.

Der Preis der Schader-Stiftung 2014 für Gesellschaftswissenschaften geht an Stephan Leibfried von der Universität Bremen. Der mit 15.000 Euro dotierte Preis würdigt Leibfrieds besondere Verdienste um die nationale wie internationale sozialwissenschaftliche Forschung zu Sozialstaat

und Staat und betont, dass er mit seiner wissenschaftlichen Arbeit und seinem öffentlichen Wirken zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beigetragen hat: Dabei geht es unter anderem um die mit Leibfrieds Namen verbundene Institutionalisierung der international vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung und um die Wirkungen seiner Forschung auf die sozialpolitische Praxis nicht zuletzt in Deutschland.

Der lange Weg von der Reformuniversität 1971, als "rote Kaderschmiede" beschimpft, zur Exzellenzuniversität 2012 lässt sich an seinem Lebenswerk beispielhaft nachvollziehen: Als Leibfried 1974 Professor für Sozialpolitik und Sozialverwaltung in der Sozialpädagogik der 1971 gegründeten Universität Bremen wurde, gab es in Deutschlands Universitäten zwar vereinzelte Forschungsansätze zum Sozialstaat, aber dafür kaum breitere institutionelle Grundlagen. Leibfried war daher 1988 nicht nur ein Gründungsvater des Zentrums für Sozialpolitik (ZeS), das interdisziplinär – Soziologie, Sozialmedizin, Gesundheitspolitik, Politik- und Wirtschaftswissenschaft – international vergleichende Sozialstaatsforschung in der Universität Bremen mit Startmitteln der Volkswagen Stiftung verankerte. Er zählte auch zu den führenden Köpfen, die im gleichen Jahr von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) den soziologischen Sonderforschungsbereich (Sfb) "Statuspassagen und Risikolagen im Lebenslauf" genehmigt bekamen, der dreimal bis 2001 und damit maximal verlängert wurde. Dieser Sfb setzte nicht nur eine neue dynamische Sicht aufs Soziale durch, sondern brachte, nachdem die Universität 1986 in die DFG aufgenommen worden war, als erster Sfb der Universität Bremen den großen sachlichen DFG-Forschungsdurchbruch – und an die 20 Millionen DM zusätzliche Forschungsmittel.

Dem folgte 2001 in der Ausbildung – erneut mit Mitteln der Volkswagen Stiftung – die Gründung der Graduate School of Social Sciences als Grundlage für die interdisziplinäre sozialwissenschaftliche Doktorandenausbildung, die 2007 als Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS) Teil des ersten Erfolges der Universität Bremen – und der Jacobs University Bremen als ihr Juniorpartner – in der Exzellenzinitiative und dann 2012 Teil des Gewinns des Exzellenzwettbewerbs durch die Universität Bremen insgesamt wurde. Und 2003 gehörte Leibfried – seit 2001 Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politikfeldanalyse und Sozialpolitik am Fachbereich Sozialwissenschaften – zu dem Gründungsteam, das den politikwissenschaftlich-juristischen Sonderforschungsbereich "Staatlichkeit im Wandel" erfolgreich in den Bremer Universitätshafen lotste und das diesen zweimal und maximal erfolgreich bis 2014 verlängert bekam. Mit etwa 24 Millionen Euro Zusatzmitteln war auch dies kein kleiner Beitrag zur Arbeitsfähigkeit der Universität. Seit 2012 nimmt er zudem eine Brückenprofessur zur Jacobs University Bremen wahr.

Mit Blick auf die Praxis gelang es Leibfried, nicht nur viele Brücken zwischen Forschung und Praxis zu bauen, so etwa mit einem zwölfjährigen Forschungsprojekt zur Dynamik des Sozialhilfebezugs ("Einmal drin, immer drin"?), das auf Bremer Verwaltungsdaten beruhte; und in den 2000er Jahren, wieder mit der Volkswagen Stiftung, mit einem Gastprogramm für "Journalisten in der Forschung" – gemeinsam mit dem Kölner Max-Planck-Institut und dem WZB Berlin –, und dann mit einem Austauschprogramm in Wissenschaft und Praxis mit der Londoner LSE (zum Sozialstaat) und derzeit noch mit der Universität Oxford (zum Staatswandel).

Er gehörte jüngst auch zu den Organisatoren mehrerer fächerübergreifender Bestandsaufnahmen zur sozialwissenschaftlichen Sozialpolitikforschung, die auf dem Hintergrund des Forschungsstands neue Forschungshorizonte eröffnen. Der erste Band zur "Wohlfahrtspolitik im 21. Jahrhundert" erschien 2013 bei Campus. Für eine weitere zweibändige Zusammenschau der "Grundlagen und Herausforderungen des deutschen Sozialstaats" gewann er das Bundessozialgericht in Kassel, das im September 2014 sein 60-jähriges Jubiläum mit einer großen Sozialstaatsbilanz über alle Disziplinen hinweg ganz sachbezogen feiern wird. Schließlich gehört Leibfried seit Jahren zu den profiliertesten Kommentatoren der aktuellen Wissenschaftspolitik, insbesondere der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder. Dabei beließ er es nicht beim Kommentieren, sondern trug "von der Pike auf" in allen Ebenen dazu bei, dass es der Universität Bremen 2012 gelang, eine der elf deutschen Exzellenzuniversitäten zu werden.

"Dieser Preis für den Kollegen Leibfried dokumentiert einmal mehr, dass die Universität Bremen in allen wissenschaftlichen Disziplinen über außergewöhnliche Persönlichkeiten verfügt", freut sich der Bremer Uni-Rektor Professor Bernd Scholz-Reiter: Leibfried hat dazu beigetragen, dass die Bremer Sozialwissenschaften heute national und international hoch renommiert sind, so durch ihre vielen Bücher bei bekannten angloamerikanischen Universitätsverlagen und ihre Aufsätze in den großen internationalen Fachzeitschriften, aber auch durch ein Vierteljahrhundert des Legens solider Drittmittelfundamente und des Aufbaus von Forschungseinrichtungen. So wurden die Sozialwissenschaften und die Meereswissenschaften zu den beiden tragenden Säulen der Bremer Exzellenzuniversität. Das hat Leibfried Schritt für Schritt in dem Jubiläumsband Lichtspuren festgehalten, einem kommentierten "privaten" Photoalbum über 40 Jahre Bremer sozialwissenschaftliche Forschungsgeschichte.

Der Schader-Preis wird am 15. Mai 2014 in Darmstadt verliehen. Die Liste der bisherigen Preisträger umfasst unter anderem Jutta Allmendinger, Ulrich Beck, Ralf Dahrendorf, Wolf Lepenies und Gesine Schwan. Die gemeinnützige und unabhängige Stiftung wurde 1988 durch den Bauingenieur Alois M. Schader gegründet. Sie fördert seit 25 Jahren den Praxisbezug der Gesellschaftswissenschaften und unterstützt den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis.

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Schader Stiftung](#)

Kontakt:

Prof. Dr. Stephan Leibfried (verstorben)

20.12.2013

Forschungsförderung für Monika Ewa Kaminska im Rahmen der

Exzellenzinitiative bewilligt

Forschungsprojekt zu Gesundheitsreformen in Mittel- und Osteuropa.

Für ihr Forschungsprojekt "Gesundheitsreformen und der Rückzug des Staates in Mittel- und Osteuropa: Privatisierung des Gesundheitssystems, Privatisierung von Risiken" wurde Monika Ewa Kaminska eine vierjährige Stelle als unabhängige Postdoktorandin innerhalb der Exzellenzinitiative zugesagt.

Das Projekt plant eine vergleichende Analyse von Gesundheitsreformen in Mittel- und Osteuropa. Ziel ist es, mögliche Auslöser für eine steigende Tendenz zur Risikoprivatisierungen in den Gesundheitssystemen Mittel- und Osteuropas zu identifizieren, unterschiedliches Staatsverhalten, bzw. den Rückzug des Staates, in der Region zu erklären sowie verschiedene Arten institutionellen Wandels zu untersuchen (radikal oder inkrementell). Die sozialen Auswirkungen von Gesundheitsreformen werden aus Blickwinkeln der Patienten und Pflegekräfte betrachtet sowie durch eine Analyse der Stratifizierungseffekte von Rekommodifizierung und Privatisierung auf die entsprechenden Gesundheitssysteme untersucht.

Abschließend werden die Gesundheitssysteme acht post-kommunistischer Länder in Modelle der politischen Ökonomie eingebettet: Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Litauen, Lettland, Polen, Slowenien und Slowakei. Die Studie erfasst fünfundzwanzig Jahre post-kommunistischer Umgestaltung (1989-2014). Angewandt wird ein synthetischer Analyserahmen, der qualitative und quantitative Datenanalysen kombiniert und in dem neoinstitutionelle Ansätze mit einer Analyse innerstaatlicher agency und externen Einflüssen verknüpft werden.

Kontakt:

[Dr. Monika Ewa Kaminska](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 3

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58639

E-Mail: m.e.kaminska@uni-bremen.de

14.11.2013

Diesjährige Bremer Universitäts-Gespräche zum Thema "Die Zukunft des Sozialstaates"



Logo Bremer Universitäts-Gespräche

Frank Nullmeier und Herbert Obinger übernehmen die wissenschaftliche Koordination der 26. Bremer Universitäts-Gespräche.

Die ZeS-Abteilungsleiter Frank Nullmeier und Herbert Obinger wurden in diesem Jahr gebeten, für die wissenschaftliche Koordination der 26. Universitäts-Gespräche Sorge zu tragen, die am 28. und 29. November stattfinden und durch die Ritterstiftung, die Unifreunde e.V. und die Universität Bremen gefördert werden. Im Rahmen der geplanten Veranstaltung sollen die Perspektiven des Sozialstaates in Deutschland und in Europa mit Gästen aus Wissenschaft und Politik diskutiert werden.

Die Universitäts-Gespräche finden ihren Anfang in einer öffentlichen Festveranstaltung in der Historischen Stadtwaage Bremen. Diese wird nach einem Grußwort durch Prof. Dr. Helge Bernd von Ahsen (Vorstand der Wolfgang-Ritter-Stiftung) und der Bremer Senatorin für Bildung und Wissenschaft Prof. Dr. Eva Quante-Brandt mit einem Festvortrag von Prof. Dr. Klaus Armingeon (Universität Bern) zu "Sozialpolitik in den Zeiten von permanenter Austerität" eröffnet. Am darauffolgenden Tag werden die Gespräche im Rahmen einer geschlossenen Klausurtagung mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und politischer Praxis fortgesetzt. Zu den externen wissenschaftlichen Gästen gehören: Prof. Dr. Friedrich Breyer (Universität Konstanz), Prof. Dr. Marius R. Busemeyer (Universität Konstanz), Dr. Werner Eichhorst (Institut zur Zukunft der Arbeit, Bonn), Prof. Dr. Rita Nikolai (HU Berlin), Dr. Armin Schäfer (MPI für Gesellschaftsforschung, Köln) und Prof. Dr. Waltraud Schelkle (LSE, London).

Neben den Vertreterinnen und Vertretern aus der politischen Praxis - Peter Rudolph (CDA-Bundesvorstand), Cornelius Neumann-Redlin (Die Unternehmensverbände im Land Bremen), Brigitte Pothmer (MdB, Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Carsten Sieling (MdB, SPD) und Dr. Hans Jürgen Urban (IG Metall) - wird die Klausurtagung ebenfalls von Kolja Rudzio (Redakteur im Wirtschaftsressort der ZEIT) und Ottmar Willi Weber (Moderator, Radio Bremen/Nordwestradio) aktiv begleitet.

Zum Thema: Der Wohlfahrtsstaat ist mit seinen umfassenden sozialen Sicherungssystemen

gegen soziale Risiken wie Alter, Pflege, Krankheit, Familienlasten, Erwerbsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit und Armut zu einem zentralen Strukturmerkmal aller fortgeschrittenen Demokratien geworden. Nach dem Zweiten Weltkrieg erbrachte der Wohlfahrtsstaat wichtige wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Integrationsleistungen. Er stabilisierte und legitimierte Demokratie und Marktwirtschaft und ermöglichte in einem bislang unbekanntem Ausmaß gesellschaftliche Teilhabe. Heute ist der Sozialstaat mit einem Ausgabenanteil von rund 28 Prozent am Bruttoinlandsprodukt bzw. 58 Prozent an den Gesamtausgaben des Staates der mit Abstand größte Ausgabenposten der öffentlichen Hand in Deutschland. Jedoch müssen neue soziale Herausforderungen von Nationalstaaten politisch bearbeitet werden, deren Handlungsspielraum aufgrund wirtschaftlicher Globalisierung, Europäisierung sowie der Explosion der Staatsverschuldung im Zuge der jüngsten Wirtschaftskrise erheblich abgenommen hat.

Die Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik treffen zusammen, um die Perspektiven des Sozialstaates in Deutschland und in Europa zu diskutieren.

Kontakt:

[Prof. Dr. Frank Nullmeier](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 7

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58576

E-Mail: frank.nullmeier@uni-bremen.de

[Prof. Dr. Herbert Obinger](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 5

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58567

E-Mail: herbert.obinger@uni-bremen.de

17.10.2013

Stefan Traub in den Ausschuss für Sozialpolitik aufgenommen

Mitarbeit an den empirischen und theoretischen Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Sozialpolitik.

Der Ausschuss für Sozialpolitik des "Vereins für Socialpolitik", der Dachorganisation der deutschsprachigen Ökonominnen und Ökonomen, hat Stefan Traub, Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des ZeS, während seiner diesjährigen Tagung an der Katholischen Universität Eichstätt in seinen Mitgliederkreis aufgenommen. Der Ausschuss für Sozialpolitik ist einer von rund 20 Fachausschüssen des Vereins für Socialpolitik und hat über 70 akademische Mitglieder aus deutschsprachigen Universitäten, die empirische und theoretische Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Sozialpolitik leisten.

Stefan Traub hat der Mitgliederversammlung seine neuesten Forschungsergebnisse zu sogenannten Verteilungsexperimenten vorgestellt. Das sind unter anderem ökonomische Laborexperimente, in denen Versuchspersonen zunächst gegen Honorar eine Arbeit leisten müssen und danach über die Umverteilung des Geldes zu entscheiden haben. Die Ergebnisse dieser Studien helfen zu verstehen, warum unterschiedliche Länder verschiedene Progressionsgrade ihrer Steuersysteme aufweisen. Ferner zeigen sie, warum die staatliche Säule der Rentenversicherungssysteme mancher Länder kaum Leistungsansprüche zwischen den Rentnerinnen und Rentnern einer Generation umverteilt, während andere Länder das verstärkt tun.

Seit langer Zeit besteht nun auch wieder die Möglichkeit, dass der Ausschuss für Sozialpolitik seine jährliche Tagung am ZeS abhält. Das letzte Mal geschah dies im Jahr 2000, organisiert vom damaligen Ausschussvorsitzenden und ZeS-Abteilungsleiter Winfried Schmähl unter dem Titel "Wechselwirkungen zwischen Arbeitsmarkt und sozialer Sicherheit". Stefan Traub ist bereits Mitglied der Ausschüsse für Regionaltheorie und -politik sowie für Finanzwissenschaft des Vereins für Socialpolitik.

Kontakt:

[Prof. Dr. Stefan Traub](#)

Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

Holstenhofweg 85

22043 Hamburg

Tel.: +49 40 6541-2865

E-Mail: stefan.traub@hsu-hh.de

21.08.2013

Online-Wahlhilfe "Erststimme 2013" gestartet



Das Seminarprojekt Erststimme2013.de gibt Informationen über Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2013 in Bremen und Osterholz-Verden.

Studierende der Universität Bremen haben in einem Projektseminar von Holger Döring (Zentrum für Sozialpolitik) und Lothar Probst (Institut für Interkulturelle und Internationale Studien) die Online-Wahlhilfe "Erststimme2013" zur Bundestagswahl am 22. September entwickelt. Das Projekt wurde in der vergangenen Woche von Christian Weber, Präsident der Bremer Bürgerschaft, vorgestellt. Bei "Erststimme 2013" finden Wählerinnen und Wähler im Bundesland Bremen und im Wahlkreis Osterholz-Verden die Möglichkeit, ihre politischen Positionen mit denen der Direktwahlkandidatinnen und -kandidaten in den entsprechenden Wahlkreisen zu vergleichen und erfahren, mit welcher Kandidatin und welchem Kandidaten die größte Übereinstimmung besteht.

Die Online-Wahlhilfe "Erststimme 2013" orientiert sich an dem durch die Bundeszentrale für politische Bildung bekannt gewordenen Wahl-O-Mat. Im Unterschied zum Wahl-O-Mat werden bei "Erststimme 2013" allerdings die Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien präsentiert. Neben der Wahlhilfe enthält die Website auch Informationen zu den Direktwahlkandidatinnen und -kandidaten in den drei Bundestagswahlkreisen Bremen I und II sowie Osterholz-Verden und Informationen zum deutschen Wahlsystem. In den nächsten Wochen wird das Projekt an ausgewählten Schulen vorgestellt. Das Projektseminar wurde vom Zentrum für Sozialpolitik unterstützt.

Weitere Informationen: www.erststimme2013.de

Kontakt:

[Dr. Holger Döring](mailto:holger.doring@uni-bremen.de)

03.06.2013

"Wohlfahrtspolitik im 21. Jahrhundert" bei Campus erschienen



Der Band zur Wohlfahrtsstaatsforschung in Deutschland und deren Perspektiven ist nun beim Campus Verlag erhältlich.

Die Ergebnisse des Kooperationsprojektes Wohlfahrtspolitik im 21. Jahrhundert zum Stand und zu den Perspektiven der Wohlfahrtsstaatsforschung, an dem rund 50 Forscherinnen und Forscher aus Deutschland sowie der Schweiz und Österreich mitgewirkt haben, ist nun beim Campus Verlag erschienen. Das Projekt, das vom ZeS koordiniert wurde, setzte sich zum Ziel, langfristige, interdisziplinäre und standortübergreifende Forschungsperspektiven aufzeigen, die aus einer umfassenden Analyse des Forschungsstandes und dem Aufdecken von Lücken in der Sozialpolitikforschung resultiert:

In der OECD-Welt wird etwa ein Viertel des gesamten Bruttoinlandsprodukts und knapp die Hälfte der Staatsausgaben für den Sozialstaat, also für die Sicherung gegen zentrale Lebensrisiken, verwendet. Deutschland gehört dabei zur Spitzengruppe, widmet dem jedoch kaum Forschungsenergien. Die Leistungen des Sozialstaats sind für eine immer größer werdende Zahl von Menschen überlebenswichtig und seine Reformen prägen heute den politischen Alltag. Angesichts seiner vielfältigen Herausforderungen - etwa durch den Wandel der Bildungs- und Arbeitswelt sowie der Familienstrukturen und massiven demographischen Veränderungen - muss dem Sozialstaat künftig nachhaltig größere Aufmerksamkeit in Wissenschaft und Forschung gelten, andernfalls wird »Sozialpolitik im Blindflug« normal und

Sicherungserfolg zufällig. In dieser Denkschrift werden die anstehenden Herausforderungen bilanziert und auf breiter Front neue Perspektiven für eine thematische und analytische Neuausrichtung der Sozialpolitikforschung vorgeschlagen.

Herausgeberinnen und Herausgeber: Marius R. Busemeyer (Konstanz), Bernhard Ebbinghaus (Mannheim), Stephan Leibfried (Bremen), Nicole Mayer-Ahuja (Hamburg), Herbert Obinger (Bremen) und Birgit Pfau-Effinger (Hamburg).

Koordination: Kristin Bothur und Christian Peters.

Alle mitbeteiligten Autorinnen und Autoren: Klaus Armingeon (Bern), Peter Axer (Heidelberg), Friedrich Breyer (Konstanz), Ulrich Becker (München), Karl-Jürgen Bieback (Hamburg), Hans-Jürgen Burchardt (Kassel), Marius R. Busemeyer (Konstanz), Bernhard Ebbinghaus (Mannheim), Andreas Eckert (Berlin), Patrick Emmenegger (St. Gallen), Patricia Frericks (Hamburg), Karin Gottschall (Bremen), Olaf Groh-Samberg (Bremen), Andreas Hänlein (Kassel), Silja Häusermann (Zürich), Friedhelm Hase (Bremen), Richard Hauser (Frankfurt a.M.), Martin Heidenreich (Oldenburg), Johannes Huinink (Bremen), Gerhard Igl (Kiel), Ellen Immergut (Berlin), Bernhard Kittel (Wien), Tanja Klenk (Potsdam), Matthias Knuth (Duisburg), Stephan Leibfried (Bremen), Lutz Leisering (Bielefeld), Stephan Lessenich (Jena), Philip Manow (Bremen), Kerstin Martens (Bremen), Steffen Mau (Bremen), Nicole Mayer-Ahuja (Hamburg), Rita Nikolai (Berlin), Frank Nullmeier (Bremen), Herbert Obinger (Bremen), Birgit Pfau-Effinger (Hamburg), Stephan Rixen (Bayreuth), Heinz Rothgang (Bremen), Carina Schmitt (Bremen), Ronnie Schöb (Berlin), Margarete Schuler-Harms (Hamburg), Klaus Sieveking (Bremen), Peter Starke (Bremen), Christine Trampusch (Köln), Stefan Traub (Bremen), Gert G. Wagner (Berlin), J. Timo Weishaupt (Mannheim), Claus Wendt (Siegen), Martin Werding (Bochum) und Michael Windzio (Bremen).

Publikation: Busemeyer, Marius; Ebbinghaus, Bernhard; Leibfried, Stephan; Mayer-Ahuja, Nicole; Obinger, Herbert; Pfau-Effinger, Birgit (Hg.), 2013: [Wohlfahrtspolitik im 21. Jahrhundert. Neue Wege der Forschung](#), Frankfurt am Main: Campus

Kontakt:

Prof. Dr. Stephan Leibfried (verstorben)

[Prof. Dr. Herbert Obinger](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 5

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58567

E-Mail: herbert.obinger@uni-bremen.de

30.05.2013

Effizienz und Gerechtigkeit der Energiewende



Prof. Dr. Stefan Traub

BMBF bewilligt Forschungsverbundprojekt der Universität Bremen zur Akzeptanz der Energiewende.

Der Klimawandel wird als eine der zentralen Herausforderungen für die Menschheit angesehen. Die in Deutschland beschlossene Energiewende führt nicht nur zu einer technologischen Transformation des Energiesystems, sondern hat auch eine Verteuerung des Energiekonsums der privaten Haushalte zur Folge. Die sozialwissenschaftliche Verhaltensforschung zeigt, dass die gesellschaftliche Akzeptanz einer Reform wie der Energiewende entscheidend durch die empfundene Gerechtigkeit der individuellen Lastenverteilung bestimmt wird.

Das von der TU Clausthal koordinierte Verbundprojekt "Die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende (AKZEPTANZ)" wird in den kommenden drei Jahren mit rund 900.000 Euro gefördert. Für die bremischen Teilprojekte "Philosophische und Verhaltenswissenschaftliche Aspekte" unter der Leitung von Professor Dagmar Borchers (Institut für Philosophie) und Professor Stefan Traub (ZeS, Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung) stehen davon 400.000 Euro zur Verfügung. Ziel des Vorhabens ist die Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur gesellschaftlichen Akzeptanz der Energiewende auf Basis individueller Präferenzen. Im Gegensatz zu Umfragen, die Einstellungen erfassen, wird in diesem Projekt das tatsächliche Energieverbrauchsverhalten der Haushalte auf Basis von Beobachtungen in ökonomischen Feldexperimenten und mit Hilfe eines Energieverbraucher-Panels (erhoben vom Verbundpartner Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI, Essen) erfasst. Aus den Reaktionen der Haushalte auf unterschiedliche Finanzierungsmechanismen der Energiewende

sollen wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen für die Durchführung der Energiewende gezogen werden. Dabei steht neben der ökonomischen Effizienz des Finanzierungsmechanismus vor allem der Aspekt der Finanzierungsgerechtigkeit im Vordergrund, d.h. wie können die finanziellen Lasten der Energiewende möglichst gerecht und unter Vermeidung sozialer Härten (Energiearmut) verteilt werden? Dem Praxisbeirat des Projekts gehören u.a. die Verbraucherzentrale Bundesverband, der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, der DGB und mehrere Energieversorgungsunternehmen an.

Kontakt:

[Prof. Dr. Stefan Traub](#)

Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

Holstenhofweg 85

22043 Hamburg

Tel.: +49 40 6541-2865

E-Mail: stefan.traub@hsu-hh.de

17.04.2013

John F. Kennedy Memorial Fellowship für Carina Schmitt



Dr. Carina Schmitt

Stipendium für zehnmonatigen Forschungsaufenthalt am Center for European Studies der Harvard University.

Carina Schmitt wurde vom Minda de Gunzburg Center for European Studies der Harvard University in Cambridge, Massachusetts mit dem John F. Kennedy Memorial Fellowship (2013/2014) u.a. für ihr Forschungsvorhaben über die Diffusion von Arbeitsmarktpolitik in Europa ausgezeichnet.

Das Stipendium in Höhe von 60.000 US-Dollar ist verbunden mit einem 10-monatigen Forschungsaufenthalt als Visiting Scholar am Center for European Studies der Harvard University. Das Center for European Studies vergibt jährlich in einem dreistufigen Auswahlprozess in der Regel zwei John F. Kennedy Memorial Fellowships an promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die an ihrer Habilitation oder einem vergleichbaren Forschungsprojekt arbeiten.

Das Stipendium wird seit 1966 vergeben und unterstützt Forschungsvorhaben, die sich mit europäischen, transatlantischen und US-amerikanischen Themen beschäftigen.

Weitere Informationen:

[Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V. \(DAAD\)](#)

John F. Kennedy-Gedächtnis-Stipendien (Harvard) für die Fachgebiete Politische Wissenschaft, Zeitgeschichte, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Politische Ökonomie, Anthropologie und Public Policy

Kontakt:

Prof. Dr. Carina Schmitt

15.03.2013

ZeS Arbeitspapier Nr. 01/2013

Traub, Stefan; Finkler, Sebastian: Ein Grundsicherungsabstandsgebot für die Gesetzliche Rentenversicherung? Ergebnisse einer Mikrosimulation

Aufgrund bestehender und sich weiter verstärkender Altersarmut steht der Reformbedarf der Leistungsseite der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) im Zentrum der wissenschaftlichen und politischen Diskussion. Im Fokus stehen dabei Personen mit lückenhaften Erwerbsbiographien und niedrigen Einkommen, die besonders stark von Altersarmut betroffen sind und für die aufgrund der Grundsicherung im Alter nach §§ 41 ff. SGB XII Fehlanreize bestehen, einen Beitrag in das umlagefinanzierte System der GRV zu entrichten. In einem Mikrosimulationsmodell soll auf Basis des Scientific Use File (SUF) der Versicherungskontenstichprobe (VSKT) 2009 untersucht werden, welche Auswirkungen die Einführung eines Grundsicherungsabstandsgebotes in der GRV hat. Dabei werden drei mögliche Abstände zur Grundsicherung im Alter sowie drei verschiedene Anspruchskriterien mit unterschiedlich hohen Beitrags- bzw. Versicherungsjahren modelliert.

Download: [ZeS Arbeitspapier 01/2013](#)

04.12.2012

ZeS Arbeitspapier Nr. 07/2012

Melike Wulfgramm: Country-Specific Life Satisfaction Effects of Unemployment: Does Labour Market Policy Matter?

Das Leben aller Bürger wird durch die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaats gerahmt und dies gilt in besonderem Maße für diejenigen, die auf Unterstützung durch den Sozialstaat angewiesen sind. Doch inwiefern lassen sich die Unterschiede im subjektiven Wohlbefinden von europäischen Arbeitslosen durch die nationale Ausgestaltung der Arbeitsmarktpolitik erklären? Dieses Paper untersucht den moderierenden Einfluss der Generosität und des Designs aktiver und passiver Arbeitsmarktpolitik auf die Lebenszufriedenheit der betroffenen Arbeitslosen. Hierzu werden die Umfragedaten von 4 Wellen des European Social Surveys gemeinsam mit arbeitsmarktpolitischen Makrodaten in einer Mehrebenenanalyse untersucht. Während sich der negative Lebenszufriedenheitseffekt von Arbeitslosigkeit in allen Ländern bestätigt, zeigt sich ein überraschend starker moderierender Effekt der Generosität der Arbeitslosenunterstützung: Der nachteilige Effekt von Arbeitslosigkeit verdoppelt sich in Ländern mit eingeschränkten Leistungen im Vergleich zu großzügigeren Ländern beinahe. Hierbei finden sich Hinweise auf nichtpekuniäre sowie Ressourcenmechanismen. Der positive moderierende Effekt der aktiven Arbeitsmarktpolitik stellt sich hingegen als deutlich weniger robust dar.

Download: [ZeS Arbeitspapier 07/2012](#)

12.12.2011

Lichtspuren. Ein Photoalbum zu 40 Jahren Universität Bremen

Lichtspuren
Ein Photoalbum zu 40 Jahren Universität Bremen

Karen Nischwitz: Brückenhauer und
größere Forschungseinrichtungen
in den Sozialwissenschaften
„andurza“

Lichtspuren. Ein Photoalbum zu 40 Jahren Universität Bremen

Kurs Nordwest: Brückenbauer und größere Forschungseinrichtungen in den Sozialwissenschaften "und umzu" von Stephan Leibfried

In den Lichtspuren dokumentiere ich das, was sich von unserer Forschungsvergangenheit an der Universität Bremen heute noch an Photos finden ließ, und versuche so, die Geschichte unserer Arbeit zu erzählen. Uns, das sind die Sozialwissenschaften und im weiteren Sinne die Fachbereiche 6 bis 12, im frühen Bremer Jargon die hochnumerigen Fachbereiche. Zum 40-jährigen Jubiläum der Universität Bremen schien mir eine solche erste Spurensicherung erforderlich. (...)

Was bei der Arbeit auffiel ist, wie bildarm die Anfangszeit dieser Universität war, wie bildarm wir selbst waren. Der Engel der Geschichte hatte keine Kamera und unserer schien, anders als der Benjaminsche, nur ins Jetzt oder nach vorn zu blicken, ins Heil der Reform, nicht zurück. Und zeichnen konnte unser Engel auch nur selten. Ohne die Professionellen sähen wir viel von uns selbst gar nicht mehr. Was auch auffällt ist, wie bildreich wir im letzten Jahrzehnt geworden sind. Aber mit dem Wachstum der Aufnahmemöglichkeiten und der Aufnahmen ist die Qualität der Wiedergabe gefallen und wächst die Nachlässigkeit der Bild-Besitzer. Die Qualität vieler Aufnahmen oder Abzüge lässt die Wiedergabe nicht zu oder sie ist mangels hinreichender Auflösung sinnvoll nur in Briefmarkengröße möglich. Wir machen uns nun zwar ein Bild von uns selbst, sehen uns aber nur noch als Schemen. Natürlich verraten die Aufnahmen auch, dass ich von 1978, beginnend mit dem Forschungsschwerpunkt Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik, bis ins Jahr 2011, nun im Sonderforschungsbereich Staatlichkeit im Wandel, in der Bremer Verbundforschung aktiv gewesen bin. Das hat mir die Arbeit leichter gemacht. Es hat aber vielleicht auch den Bias der Dokumentation vergrößert. Obwohl – selbst ganz Photomuffel dieser Generation – nur ganz wenige Photos von mir stammen, ist es so doch auch mein Album geworden. (...)

(Auszug aus dem Vorwort: Stephan Leibfried, Bremen, im November 2011)

Download: [Flyer](#)

Bibliographische Angaben:

Lichtspuren. Ein Photoalbum zu 40 Jahren Universität Bremen (2011), Bremen: Universität, 514 S. (mit mehr als 1.000 Bildern, farbig), ISBN 978-3-88722-726-5, Preis: 30 Euro (zzgl. 4,50 € Porto bei Versand innerhalb der BRD)

Zu beziehen über:

Universitätsbuchhandlung Bremen, Bibliothekstraße 3, 28359 Bremen, E-Mail: info@unibuch-bremen.de

Kontakt:

Prof. Dr. Stephan Leibfried (verstorben)

18.08.2011

Wissenschaftspreis für ZeS-Mitglieder

Carina Schmitt und Herbert Obinger mit erstem Preis der Fritz Thyssen Stiftung für sozialwissenschaftliche Aufsätze 2010 ausgezeichnet.

Der von Carina Schmitt und Herbert Obinger verfasste und in der Politischen Vierteljahresschrift (Heft 4/2010) veröffentlichte Aufsatz „Verfassungsschranken und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen im internationalen Vergleich“ wurde am 7. Juli 2011 von der Jury mit dem ersten Platz ausgezeichnet.

Mit dem in Fachkreisen hoch angesehenen Preis, der 2011 im 28. Jahr vergeben wird, soll der Zeitschriftenaufsatz als Mittel der wissenschaftlichen Kommunikation hervorgehoben werden. Er ist eine der wenigen Auszeichnungen für Zeitschriften außerhalb des englischsprachigen Bereichs in den Sozialwissenschaften - und die einzige deutsche.

Für Herbert Obinger ist es nach 2005 und 2007 das dritte Mal, dass er beim Thyssen-Preis erfolgreich ist.

Kontakt:

[Prof. Dr. Herbert Obinger](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 5

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58567

E-Mail: herbert.obinger@uni-bremen.de

Prof. Dr. Carina Schmitt

27.07.2011

ZeS-Autoren auch online erfolgreich

Herbert Obinger, Peter Starke und Francis G. Castles (University of Edinburgh) gewinnen Preis für "Most downloaded Article".

Im Prinzip ist es ein objektiver Indikator für den Erfolg eines im Internet verfügbaren Textes: Die Anzahl seiner Downloads vermisst recht präzise die wissenschaftliche Nachfrage und spiegelt damit auch die Rezeptionsbreite von Forschungsergebnissen wieder.

Erstmals zeichneten sich in diesem Zusammenhang auch Autoren des ZeS aus: Herbert Obinger, Peter Starke und Francis G. Castles (University of Edinburgh) haben mit "Convergence towards where: in what ways, if any, are welfare states becoming more similar?" den diesjährigen Preis für „The most downloaded article not in a special issue“ des Journal of European Public Policy (JEPP) gewonnen. Der Aufsatz ist bis zum Ende des Jahres noch kostenfrei herunterladbar.

Download:

[Journal of European Public Policy \(JEPP\) Prizes](#)

Publikation:

Starke, Peter; Obinger, Herbert; Castles, Francis G., 2008: [Convergence Towards Where? In What Ways, If Any, Are Welfare States Becoming More Similar?](#), in: Journal of European Public Policy, 15 (7), S. 975 - 1000

Kontakt:

[Prof. Dr. Herbert Obinger](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 5

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58567

E-Mail: herbert.obinger@uni-bremen.de

08.04.2011

Vierte Master Spring Academy on Policy Analysis



Vierte Master Spring Academy on Policy Analysis

Zwischen dem 31. März und 2. April 2011 fand am Sonderforschungsbereich 597 unter Beteiligung von Herbert Obinger die vierte Master Spring Academy on Policy Analysis statt.

Initiiert wurde diese Reihe ursprünglich von den Professoren Klaus Schubert (Münster) und Nils C. Bandelow (TU Braunschweig). Nach Münster, Braunschweig und Berlin wurde die Veranstaltung in diesem Jahr in Bremen abgehalten und dort von den Professoren Herbert Obinger (ZeS) und Nils C. Bandelow organisiert.

Mehr als 40 fortgeschrittene Studierende und Nachwuchswissenschaftler/innen aus dem gesamten Bundesgebiet beschäftigten sich in diesem Jahr schwerpunktmäßig mit unterschiedlichen theoretischen Ansätzen der Politikfeldanalyse.

Neben Professorinnen und Professoren aus dem In- und Ausland konnte auch Reinhard Loske, Senator für Umwelt, Verkehr, Bau und Europa der Freien Hansestadt Bremen, als Referent gewonnen werden.

Kontakt:

[Prof. Dr. Herbert Obinger](mailto:herbert.obinger@uni-bremen.de)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 5

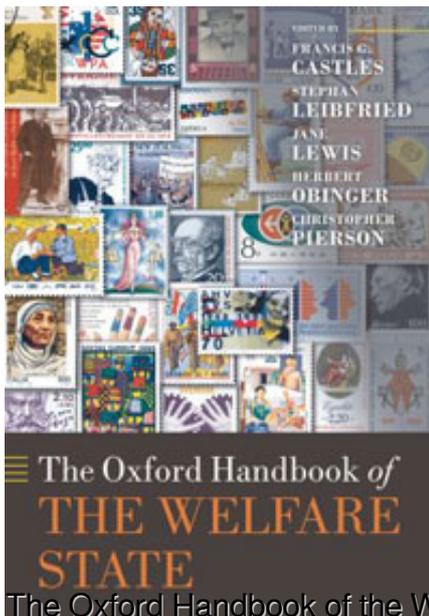
28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58567

E-Mail: herbert.obinger@uni-bremen.de

20.07.2010

The Oxford Handbook of the Welfare State



The Oxford Handbook of the Welfare State

Herausgegeben von Francis G. Castles, Stephan Leibfried, Jane Lewis, Herbert Obinger, Christopher Pierson

The Oxford Handbook of the Welfare State is the authoritative and definitive guide to the contemporary welfare state. In a volume consisting of nearly fifty newly-written chapters, a broad range of the world's leading scholars offer a comprehensive account of everything one needs to know about the modern welfare state. The book is divided into eight sections. It opens with three chapters that evaluate the philosophical case for (and against) the welfare state. Surveys of the welfare state's history and of the approaches taken to its study are followed by four extended sections, running to some thirty-five chapters in all, which offer a comprehensive and in-depth survey of our current state of knowledge across the whole range of issues that the welfare state embraces. The first of these sections looks at inputs and actors (including the roles of parties, unions, and employers), the impact of gender and religion, patterns of migration and a changing public opinion, the role of international organisations and the impact of globalisation. The next two sections cover policy inputs (in areas such as pensions, health care, disability, care of the elderly, unemployment, and labour market activation) and their outcomes (in terms of inequality and

poverty, macroeconomic performance, and retrenchment). The seventh section consists of seven chapters which survey welfare state experience around the globe (and not just within the OECD). Two final chapters consider questions about the global future of the welfare state.

The individual chapters of the Handbook are written in an informed but accessible way by leading researchers in their respective fields giving the reader an excellent and truly up-to-date knowledge of the area under discussion. Taken together, they constitute a comprehensive compendium of all that is best in contemporary welfare state research and a unique guide to what is happening now in this most crucial and contested area of social and political development.

Publikation:

Castles, Francis G.; Leibfried, Stephan; Lewis, Jane; Obinger, Herbert; Pierson, Christopher, 2010: [The Oxford Handbook of the Welfare State](#), Oxford Handbooks in Politics & International Relations, Oxford: Oxford University Press

Kontakt:

Prof. Dr. Stephan Leibfried (verstorben)

[Prof. Dr. Herbert Obinger](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 5

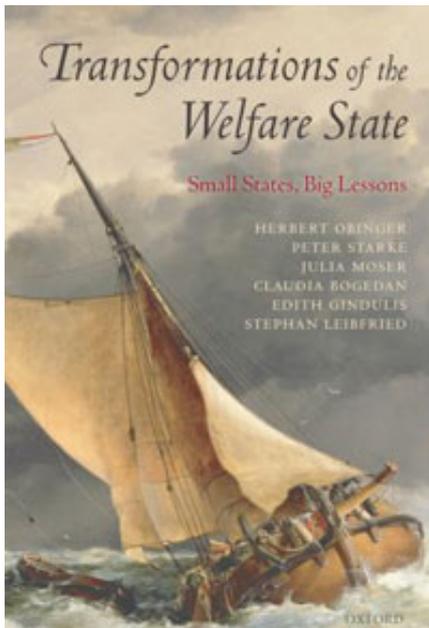
28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58567

E-Mail: herbert.obinger@uni-bremen.de

09.06.2010

Transformations of the Welfare State. Small States, Big Lessons



Transformations of the Welfare State. Small States, Big Lessons

Von Herbert Obinger, Peter Starke, Julia Moser, Claudia Bogedan, Edith Obinger-Gindulis, Stephan Leibfried

Transformations of the Welfare State gives a new twist to the longstanding debate on the impact of economic globalization on the welfare state. The authors focus on several small, advanced OECD economies in order to assess whether (and how) the welfare state will be able to compete under conditions of an increasingly integrated world economy.

Small states can be seen as an 'early warning system' for general trends, because of their dependence on world markets and vulnerability to competitive pressures. The book's theoretical part innovatively integrates the literature on the political economy of small states with more recent research on the impact of globalization on social policy to generate a set of ideal-typical policy scenarios. In the main body of the book, the authors systematically test these scenarios against the experience of four countries: Austria, Denmark, New Zealand, and Switzerland.

The comparative, in-depth analysis of reform trajectories since the 1970s in four key policy areas; pensions, labour market policy, health care, and family policy provides, according to the authors, substantial evidence of a new convergence in welfare state patterns. They go on to argue that this amounts to a fundamental transformation of the welfare state from the old Keynesian welfare state positioned 'against the market' to a new set of supply-side policies 'with' and 'for' the market. Yet one of the big lessons to be learned from this timely study is that the transformation does not match the doomsday scenario predicted by neo-classical economists in the 1990s. There is no evidence of a 'race to the bottom' of social expenditure and standards of social protection, nor of a convergence towards a 'liberal' social policy model. Looking to the possible future of the welfare

state in an era newly marked by profound uncertainty, the authors sound an optimistic note for states of any size.

Publikation:

Obinger, Herbert; Starke, Peter; Moser, Julia; Bogedan, Claudia; Obinger-Gindulis, Edith; Leibfried, Stephan, 2010: [Transformations of the Welfare State. Small States, Big Lessons](#), Oxford: Oxford University Press

Kontakt:

Prof. Dr. Stephan Leibfried (verstorben)

[Prof. Dr. Herbert Obinger](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 5
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58567
E-Mail: herbert.obinger@uni-bremen.de

16.04.2010

Herbert Obinger ist neuer Sprecher am ZeS



Zum April 2010 hat Herbert Obinger die Position des Sprechers am Zentrum für Sozialpolitik übernommen.

Herbert Obinger löst damit Frank Nullmeier ab, der das Institut in den vergangenen drei Jahren mit Weitsicht geleitet und mit großem Engagement nach außen repräsentiert hat.

Der neue Sprecher Herbert Obinger ist seit 1998 Mitglied am ZeS. Seit 2007 leitet der

Politikwissenschaftler zusammen mit Stephan Leibfried im Haus die Abteilung "Institutionen und Geschichte des Wohlfahrtsstaates".

Kontakt:

[Prof. Dr. Herbert Obinger](mailto:herbert.obinger@uni-bremen.de)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 5

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58567

E-Mail: herbert.obinger@uni-bremen.de

16.06.2009

**Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien - Festschrift für
Stephan Leibfried**



Hg. von Herbert Obinger und Elmar Rieger

Dieser 20. Band der Schriften des Zentrums für Sozialpolitik im Campus Verlag enthält mehr als dreißig Beiträge von Weggefährtinnen und -gefährten des akademischen Lebensweges von

Stephan Leibfried.

Der Wohlfahrtsstaat, seit 1945 als Errungenschaft der Demokratie gefeiert, ist heute nicht mehr selbstverständlich. Wird er dem demografischen Wandel und der globalen Standortkonkurrenz standhalten können? Oder sind seine finanziellen Sicherungssysteme schon zu weit untergraben? Gegen den Trend betonen die Autoren des Bandes die Leistungsfähigkeit der Sozialpolitik im nationalen und globalen Rahmen. Sie zeigen die Grundlagen sozialpolitischen Fortschritts auf und benennen die wichtigsten Faktoren wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung.

Mit Beiträgen von

- Buhr, Petra, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für empirische und angewandte Soziologie (EMPAS) der Universität Bremen
- Burkhardt, Christoph, Diplom-Soziologe, PhD-Fellow an der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS), Universität Bremen/Jacobs University
- Castles, Francis G., Prof. Dr., Professor emeritus of Comparative Public and Social Policy at the University of Edinburgh und Adjunct Professor of Political Science in the Research School of Social Sciences at the Australian National University
- Ferrera, Maurizio, Prof. Dr., Professor für Politikwissenschaft an der Universität Mailand
- Friedrich, Jonas, B.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen
- Genschel, Philipp, Prof. Dr., Professor für Politikwissenschaft an der Jacobs University Bremen
- Gottschall, Karin, Prof. Dr., Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Geschlechterverhältnisse an der Universität Bremen
- Götze, Ralf, M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sfb 597 »Staatlichkeit im Wandel« der Universität Bremen
- Kaufmann, Franz-Xaver, Prof. Dr., Professor em. für Sozialpolitik und Soziologie an der Universität Bielefeld
- Kohli, Martin, Prof. Dr., Professor für Soziologie am Europäischen Hochschulinstitut, Florenz
- Köppe, Stephan, Dipl. Pol., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen

- Künemund, Harald, Prof. Dr., Professor für Empirische Altersforschung und Forschungsmethoden an der Universität Vechta
- Leisering, Lutz, Prof. Ph.D., Professor für Sozialpolitik an der Universität Bielefeld
- Lüdicke, Jörg, Dipl. Soz., Research Officer am Center for Research on Inequalities and the Life Course (CIQLE), Yale University
- Mau, Steffen, Prof. Dr., Professor für politische Soziologie und vergleichende Analyse von Gegenwartsgesellschaften an der Universität Bremen und Dean der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS)
- Moser, Julia, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am SfB 597 »Staatlichkeit im Wandel« der Universität Bremen
- Müller, Rainer, Prof. Dr., Professor i.R. für Arbeits- und Sozialmedizin am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen
- Nullmeier, Frank, Prof. Dr., Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen
- Obinger, Herbert, Prof. Dr., Professor für vergleichende Staatstätigkeitsforschung und Sozialpolitik an der Universität Bremen
- Ostner, Ilona, Prof. Dr., Professorin für vergleichende Sozialpolitik an der Georg-August-Universität Göttingen
- Palier, Bruno, Prof. Dr., Sciences Po, Centre de recherches politiques de Sciences Po (CEVIPOF), Paris
- Rieger, Elmar, Prof. Dr., Professor für Soziologie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg
- Rothgang, Heinz, Prof. Dr., Professor für Gesundheitsökonomie an der Universität Bremen
- Schmidt, Manfred G., Prof. Dr., Professor für Politische Wissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
- Seeleib-Kaiser, Martin, PD Dr., Reader in Comparative Social Policy and Politics, Official Fellow of Green Templeton College, University of Oxford (UK)
- Starke, Peter, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am SfB 597 »Staatlichkeit im Wandel« der Universität Bremen

- Streeck, Wolfgang, Prof. Dr., Direktor des Max Planck Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln
- Tennstedt, Florian, Prof. Dr., Professur für Sozialpolitik an der Universität Kassel
- Wolf, Dieter, Dr., Geschäftsführer des Sfb 597 »Staatlichkeit im Wandel« der Universität Bremen
- Zangl, Bernhard, Prof. Dr., Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Bremen

Publikation:

Obinger, Herbert; Rieger, Elmar, 2009: [Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien. Herausforderungen, Reformen und Perspektiven](#), Schriften des Zentrums für Sozialpolitik/20, Frankfurt/M.: Campus

Kontakt:

[Prof. Dr. Herbert Obinger](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 5

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58567

E-Mail: herbert.obinger@uni-bremen.de

31.03.2009

**Roger Dillemans Award for Excellence in Social Security Research für
Alexandra Kaasch**

Die Kommission des Dillemans Awards hat Alexandra Kaasch für ihre Forschungen zur sozialen Sicherheit ausgezeichnet.

Der Preis wird im Rahmen des Master of European Social Security - organisiert vom Institute of Social Law an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der KU Leuven, Belgien - vergeben.

Der "Roger Dillemans Award for Excellence in Social Security Research" wird alle 5 Jahre im

Rahmen des “Master of European Social Security” an einen Absolventen oder eine Absolventin des Masterprogramms verliehen, der/die in der Zeit seit dem Abschluss die Fähigkeit bewiesen hat, eine wichtige Rolle in der Forschung zur sozialen Sicherheit zu spielen.

Die Preisverleihung erfolgt am 2. April 2009 im Rahmen der Konferenz The social security coordination between the EU and non-EU countries. Die Auszeichnung ist nach Prof. em. Roger Dillemans, Ehrenrektor der Katholischen Universität Leuven und selbst bedeutender Forscher im Bereich der sozialen Sicherheit, benannt. Der Preis besteht aus 2.000 Euro und einem Kunstwerk und wird von Roger Dillemans persönlich überreicht.

Kontakt:

Alexandra Kaasch

12.02.2009

Ludwig Preller-Preis für Sozialpolitik

Am 10. Februar 2009 ist Stephan Leibfried mit dem Ludwig Preller-Preis für Sozialpolitik ausgezeichnet worden.

Der Preis wurde im Anschluss an den gemeinsam von der Hans Böckler Stiftung und der Preller-Stiftung organisierten Workshop Neues von der Verteilungsfront. Absturz in die Ungleichheit? im Gästehaus der J. W. Goethe-Universität Frankfurt verliehen.

Der Ludwig Preller-Preis zeichnet Persönlichkeiten für ihre hervorragenden wissenschaftlichen

Arbeiten auf dem Gebiet der Sozialpolitik aus. Zu den bisherigen Preisträgern gehören

- Anthony Giddens (1997),
- Richard Hauser (2001) und
- Franz-Xaver Kaufmann (2005)

Der Preis wurde von Prof. Dr. Diether Döring, dem Vorsitzenden der Preller-Stiftung überreicht, die Laudatio für Stephan Leibfried hielt Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Philosophisch-Theologische Hochschule, St. Georgen, Frankfurt a.M..

Download: [Plakat zur Preisverleihung](#)

Kontakt:

Prof. Dr. Stephan Leibfried (verstorben)

30.01.2009

ZeS und Sfb gratulieren

Stephan Leibfried, einer der Gründerväter des Zentrums für Sozialpolitik, begeht am 1. Februar 2009 seinen 65. Geburtstag.

Stephan Leibfried, Professor für politische Soziologie mit Schwerpunkt Politikfeldanalyse und Sozialpolitik im Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Bremen, einer der Gründerväter des Zentrums für Sozialpolitik und dessen Mitglied seit seiner Gründung im Jahr 1988, Leiter der Abteilung Institutionen und Geschichte des Wohlfahrtsstaates im ZeS sowie Sprecher des Sonderforschungsbereichs Staatlichkeit im Wandel wird am 1. Februar 65.

Seit Stephan Leibfried 1974 als Professor für Sozialpolitik und Sozialverwaltung an die Universität Bremen berufen wurde, hat er die sozialwissenschaftliche Forschung in Bremen entscheidend geprägt. Die erfolgreiche Beteiligung der Universität Bremen an der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder, die Bremen International School of Social Sciences (BIGSSS), der DFG-Sonderforschungsbereich (Sfb) Staatlichkeit im Wandel und zuvor schon der Sfb Statuspassagen und Risikologen im Lebensverlauf, auch das Hanse Wissenschaftskolleg in Delmenhorst und vor allem das Zentrum für Sozialpolitik wären ohne das Wirken von Stephan Leibfried nicht zu denken. Und diese Liste ist bei weitem nicht vollständig!

Schon 1978 mit der Gründung des universitären Forschungsschwerpunktes Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik initiierte Stephan Leibfried ein erstes umfassendes Netzwerk sozialwissenschaftlicher Forschung, das eine Vielzahl von Einzelprojekten um ein gemeinsames Forschungsthema bündelte. Diese Vernetzung trug entscheidend dazu bei, dass sozialwissenschaftliche Forschung nicht nur in der scientific community, sondern auch in der politisch interessierten Öffentlichkeit verstärkt wahrgenommen und wirksam werden konnte. Stephan Leibfried lag es am Herzen, wissenschaftliche Erkenntnisse nicht im viel bescholtenen Elfenbeinturm der Universität ruhen zu lassen, sondern sich dem Dialog mit der (sozial)politischen Praxis zu stellen. Mit großem Engagement und unbeirrbarem Einsatz konnte Stephan Leibfried entscheidende und namhafte Vertreter der Bremischen Politik dafür gewinnen, sozialwissenschaftliche Forschung, zentriert auf den Fokus Sozialpolitik, dauerhaft in Bremen an der Universität zu institutionalisieren: 1988 wurde das Zentrum für Sozialpolitik (ZeS) gegründet – das einzige interdisziplinäre Forschungsinstitut in Deutschland, das sich mit allen Regelungsbereichen der Sozialpolitik befasst. Seinen Auftrag versteht das ZeS als anwendungsorientierte Grundlagenforschung und mit diesem Anspruch ist es in der regionalen, nationalen und internationalen sozialpolitischen Forschung und Praxis präsent – all dies ist wesentlicher Verdienst Stephan Leibfrieds.

Die Arbeits- und Forschungsschwerpunkte reichen von der Armuts- und Gesundheitspolitik über Europäische Sozialpolitik und Sozialpolitik im internationalen Vergleich bis zu Fragen von wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung und Globalisierung. Die Palette der jüngsten Veröffentlichungen zeugt von dem umtriebigen Forschergeist, dessen Arbeiten international große Anerkennung finden.

Stephan Leibfried ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) sowie „Sekretar“ (= Vorsitzender) der Sozialwissenschaftlichen Klasse der BBAW, Mitglied des Kuratoriums des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), Beiratsmitglied des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung (MZES), Beiratsmitglied des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln, Mitglied im Deutschen Sozialrechtsverband sowie der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung. Als Vorstandsmitglied des Comparative Research Programme on Poverty (CROP) des International Social Science Council, Paris/Frankreich, als Mitglied der Program Planning Group der Rockefeller Foundation über Trends in Social Welfare Policy in the Decade 2001-2010 sowie als Mitglied des Network of Excellence (NoE) Programms der EU GARNET (Global Governance, Regionalisation and Regulation: The Role of the EU) agiert Stephan Leibfried in zentralen Verbänden internationaler Forschungsk Kooperationen.

Mit seinem 65. Geburtstag wird Stephan Leibfried keinen Schlussstrich unter dieses umtriebige Wissenschaftlerleben ziehen – wie könnte er auch? Und wer könnte das zulassen? Als Forschungsprofessor wird er der Universität weiterhin angehören und – als wäre nichts gewesen – seine Aktivitäten unvermindert, also mit gewohnt ungebremstem Engagement, für die Ausweitung und Anerkennung sozialwissenschaftlicher Forschung fortsetzen.

Am 1. Februar 2009 begeht Stephan Leibfried seinen 65. Geburtstag.

Zu diesem Ehrentag gratulieren das Zentrum für Sozialpolitik und der Sfb Staatlichkeit im Wandel recht herzlich und wünschen dem Jubilar weiterhin alles Gute und seinem weiteren Wirken viel Erfolg.

Kontakt:

Prof. Dr. Stephan Leibfried (verstorben)

09.12.2008

Exzellenzinitiative 2.0 - Warum "etwas anders" gleich viel besser ist

Memorandum von Achim Wiesner und Stephan Leibfried zur dritten Förderlinie.

Achim Wiesner und Stephan Leibfried haben ein Memorandum zur dritten Förderlinie vorgelegt, das die FAZ am 9.12.2008 aufgegriffen hat und das auf Das Land hinter den Leuchttürmen zielt: Wird dieses Land weiterentwickelt oder wird es verdorren? Ohne systematische Innovation in der Spitze und eine aufwärtsstrebende, tragende Breite zugleich verspielt der deutsche Wissenschaftsstandort seine Chance.

Die Exzellenzinitiative von Bund Ländern für die deutschen Universitäten soll 2011 neu aufgelegt werden – soweit herrscht Einigkeit in Wissenschaft und Politik. Schließlich hat sie politische Aufmerksamkeit und zusätzliche Mittel für die Forschung der Universitäten erbracht, hat die Universitäten im Prozess der Profilbildung bestärkt und die Kooperation untereinander wie mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen entscheidend vorangetrieben.

Welche Universitäten, Wissenschaftlergruppen und junge Forscherinnen und Forscher aber nach welchen Regeln und nach welchen Auswahlkriterien beim nächsten Mal gefördert werden können, darüber dürfte noch eine Zeitlang vor allem unter Bund und Ländern gerungen werden – das war schließlich auch vor der Erstaufgabe ab 2006 nicht anders. Die nächste Etappe: Ende November 2008 legen Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und Wissenschaftsrat den verlangten Evaluationsbericht vor. Die Wissenschaftsminister haben regulär die Exzellenzinitiative wieder im Februar 2009 auf der Tagesordnung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK). Wie immer, drohen sich diese Verhandlungen zu verheddern und droht sich im föderalen Geflecht das Prinzip der Gießkanne und des Regionalproporz durchzusetzen.

Wir unterbreiten für die Diskussionen der kommenden Monate einen Vorschlag, wie die

Konzentration der Initiative auf exzellente Spitzenforschung bewahrt werden kann und allein Kriterien wissenschaftlicher Qualität die Auswahlentscheidungen steuern. Es gilt auch hier: Nur wer sich ändert, bleibt sich treu. Wir schlagen in diesem Sinne vor, eine vierte Förderlinie „Perspektivförderung“ einzuführen. Damit sollen – zukunftsfest und zustimmungsfähig – die erkannten Konstruktionsfehler der Erstaufgabe geheilt werden, ohne dass die ganze Initiative und damit das Rad neu erfunden werden müsste.

Download:

Wiesner, Achim; Leibfried, Stephan, 2008: [Neue Exzellenzinitiative: Zwingende Anpassung. Ein Modell für Strukturbildung im Wissenschaftssystem](#), Memorandum für die Öffentlichkeit, Original, eingereicht bei der FAZ

Publikationen:

Wiesner, Achim; Leibfried, Stephan, 2008: [Im Land hinter den Leuchttürmen. Der Exzellenzwettbewerb schaut fatalerweise nur auf die ersten Ränge](#), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (288), S. 39, 09.12.2008

Wiesner, Achim; Leibfried, Stephan, 2008: [Exzellenzinitiative 2.0 - Oder: Warum „etwas anders“ gleich viel besser ist](#), Universität Bremen, S. 1 - 14

Kontakt:

Prof. Dr. Stephan Leibfried (verstorben)

15.10.2008

Bundessozialgericht zur Fortbildung in Bremen

Informationsveranstaltung der Universität Bremen am 14. Oktober 2008 über neuere Entwicklungen im Bereich des Wohlfahrtsstaates.

Acht Richterinnen und Richter des Kasseler Bundessozialgerichts unter Leitung des Präsidenten des Gerichts, Peter Masuch, waren am 14. Oktober 2008 zu einer Informationsveranstaltung über neuere Entwicklungen im Bereich des Wohlfahrtsstaates an der Universität Bremen zu Gast.

Der Bremer Senator für Justiz Ralf Nagel und der für Justiz zuständige Staatsrat Matthias Stauch begrüßten die Gäste und betonten ihre Freude, dass es dem Zentrum für Sozialpolitik an der

Universität Bremen wieder einmal gelungen sei, nicht nur im Rahmen vielfältiger Grundlagenforschung zum Wohlfahrtsstaat hervorragende Ergebnisse vorzulegen, sondern auch in der konkreten aktuellen Diskussion um wohlfahrtsstaatliche Politik und Rechtsentwicklung mit den Praktikern vor Ort konkrete Anwendungsfragen und Probleme zu besprechen. Dabei reichte das Spektrum der besprochenen Themen von den Details der Vergütung stationärer Pflegeeinrichtungen über das Wissensmanagement auf Patienten-, Arzt- und Krankenkassenebene bis zu Forschungsperspektiven bei der Frage der Belegung des Arbeitsmarktes durch das Sozialgesetzbuch II oder den großen Zusammenhängen der Wandlungsprozesse des Wohlfahrtsstaates im Zeitalter von Globalisierung und demographischem Wandel.

Das in Zusammenarbeit mit dem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Sonderforschungsbereich 597 Staatlichkeit im Wandel veranstaltete Seminar bot den Mitgliedern des Bundessozialgerichts einen aktuellen Einblick in die Arbeit mehrerer Abteilungen des Zentrums für Sozialpolitik, allen voran der Gesundheitsökonomie (Prof. Dr. Heinz Rothgang), der Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates (Prof. Dr. Frank Nullmeier), der Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat (Prof. Dr. Karin Gottschall) sowie den Institutionen und der Geschichte des Wohlfahrtsstaates (Prof. Dr. Stephan Leibfried).

Kontakt:

Prof. Dr. Stephan Leibfried (verstorben)

15.08.2008

Erneut Preis der Fritz Thyssen Stiftung an Herbert Obinger

Die Fritz Thyssen Stiftung für sozialwissenschaftliche Aufsätze hat den Aufsatz "Abschied vom Interventionsstaat? Der Wandel staatlicher Subventionsausgaben in den OECD-Ländern seit 1980" ausgezeichnet.

Verfasser des Aufsatzes sind die Professoren Herbert Obinger vom Zentrum für Sozialpolitik sowie Sonderforschungsbereich Staatlichkeit im Wandel und Reimut Zohlnhöfer von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Letzterer war zwischen 1998 und 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Sozialpolitik und hat dort 2001 promoviert.

Der mit dem 2. Preis ausgezeichnete Aufsatz ist 2007 in der Swiss Political Science Review (Heft 2, S. 203-236) erschienen und untersucht die Determinanten für den Abbau öffentlicher

Subventionen und die damit einhergehende Konvergenz der Subventionsquoten in der OECD-Welt.

Der Preis der Fritz Thyssen Stiftung ist der einzige Preis für sozialwissenschaftliche Zeitschriftenaufsätze im deutschsprachigen Raum. Auf Vorschlag deutschsprachiger sozialwissenschaftlicher Zeitschriften werden von einer Jury die drei besten Aufsätze eines Zeitschriftenjahrganges ausgezeichnet.

Publikation:

Obinger, Herbert; Zohlnhöfer, Reimut, 2007: [Abschied vom Interventionsstaat? Der Wandel staatlicher Subventionsausgaben in den OECD-Ländern seit 1980](#), in: Swiss Political Science Review, 13 (2), S. 203 - 236

Weitere Informationen:

[Fritz Thyssen Stiftung](#)

Kontakt:

[Prof. Dr. Herbert Obinger](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 5

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58567

E-Mail: herbert.obinger@uni-bremen.de